

DEMOKRATISCHER INFORMATIONSDIENST

Antifaschistisches Pressezentrum
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falkensteinstraße 46, 10999
Tel./Fax: 030 611 62 49
Bk. 100 500 001 1797

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee/Stoppt die Erben 5/1990 Nr. 75 3,-

von der Maß bis
an die Memel

über alles in der Welt
von der Etsch bis
an den Belt

Deutschland,
Deutschland



Inhalt:

über den **DID 75**

Argumente gegen die Wiedervereinigung	3
Deutsches Erwachen	9
Der Frieden ist nicht sicherer geworden	10
Die Kriegsgewinnler sollen zahlen	13
Schäubles neues Ausländergesetz	16
§ 218 in Bayern	20
Nachrichten aus der Sammlungsbewegung	23

Bestellschein
Demokratischer Informationsdienst

Hiermit bestelle ich ab.....

☐ ein DID-Abo DM 15.-

☐ ein Förderabo DM 30.-

die Preise beziehen sich auf je vier Ausgaben.

Name:

Vorname:

Straße:

Ort:

Bitte senden an: Annette Schorb
Kapuzinerstr. 52, 8000 München 5
Postgiro München 1308 56-804

Was wir einmal auf dem Müllhaufen der Geschichte wähten - es hat uns wieder eingeholt. Religiös begründete Kriege in der arabischen Welt, Krieg und gewaltsame Konflikte zwischen Religionsgruppen im Libanon, in Irland und in der Sowjetunion und nationale Engstirnigkeit und Rassismus bei Nationen, die auf mehrere Staaten verteilt sind und bei Staaten, die mehrere Nationen beherrschen.

In einer Zeit, wo die Konzerne bereits weltumspannend wirtschaften und die Arbeiter- und Flüchtlingsströme um den ganzen Globus ziehen, wollen Serbien und Litauen eigene Kleinstaaten gründen. Dabei wird die Nation vorgeschoben, um eine andere Wirtschaft, eine andere Politik machen zu können. Der Wunsch nach mehr Konsum in der DDR wird umgeleitet in eine nationale Bewegung, ins neue **“Deutsche Erwachen”** (Seite 9). Würde es bei dem Wunsch nach mehr DM bleiben - so gut oder schlecht das auch ist - man könnte mit den Menschen rational reden über **“Argumente gegen die Vereinigung”** (Seite 3). Weil die Sache aber wieder zu einer **“natürlichen”** Sache des Blutes und der Rasse gemacht wird, verschwinden die Interessen der vielen einzelnen hinter den Interessen einzelner und **“Der Frieden ist nicht sicherer geworden”** (Seite 10).

Wenn einzelne Nationen sich aufschwingen, dann müssen auch andere darunter leiden. Die Polen sind das Volk, das am meisten unter dem deutschen Militarismus und Faschismus geblutet hat. Polen soll nicht wieder Opfer sein, **“Die Kriegsgewinnler sollen zahlen”** (Seite 13). **“DEUTSCH SEIN”** wird groß geschrieben. Auch viele, die nach dem letzten großen Krieg lieber nicht deutsch waren, erinnern sich nun gern an eine deutsche Urururgroßmutter, um ins gelobte Land zu ziehen. Solche **“Gäste”** sieht unsere Regierung natürlich lieber als die kurdischen Flüchtlinge und lieber als spanische Gastarbeiter, die sich dem deutschen Rassenwahn doch nie beugen. **“Schäubles neues Ausländergesetz”** ist von der CSU-Zimmermann-Vorgabe kaum zu unterscheiden (Seite 16).

Des guten Deutschen liebstes Kind ist das ungeborene. Einmal auf der Welt, kann man es mit Wohnungsnot, Kinderplatzmangel, Arbeitslosigkeit und rassistischer Hetze drangsaliieren, aber auf die Welt muß es. Wollt ihr denn den Kapitalisten mit seinen Maschinen alleine lassen, soll die Familie Siemens selbst die Welt erobern, soll der General die Flugzeuge selber fliegen? Nein, das geht nicht. **“Paragraph 218 in Bayern”**, der Kampf gegen die Abtreibung (Seite 20).

ANTI STRAUSS KOMITEE  München Regensburg
c/o Annette Schorb, Kapuzinerstr. 52, 8 München 5
Postgirokonto München: 1308 56-804
Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Christian Lehsten, Kapuzinerstr. 52, 8 München 5
Eigendruck im Selbstverlag

Argumente gegen die Wiedervereinigung:

Wer zahlt, schafft nicht an!

Wer im Märchen sein Leben dem Teufel verschreibt, der bekommt feine Gewänder, Gold und Edelsteine und lebt in einem Schloß. Der Tag der Abrechnung kommt erst nach einem angenehmen Erdendasein.

Wer im wirklichen Leben einen Pakt mit den westdeutschen Kapitalisten und ihren Vertretern schließt, dem wird an Ort und Stelle mit sofortiger Wirkung das Fell über die Ohren gezogen.

Lohnabbau in Ost und West

Nachdem vor der Wahl am 18. März den Wahlberechtigten der DDR ein Umtauschkurs von 1:1 versprochen wurde, kommt exakt 14 Tage später der Schlag unter die Gürtellinie. Die Löhne sollten 2:1 berechnet werden! Das phantasiert kein durch gewaltige Gewinnerwartungen verrückt gewordener Privatunternehmer! Nein, das ist öffentlich verbreitete und in allen Medien tagelang diskutierte Meinung des Chefs der Bundesbank Pöhl (SPD) - unterstützt von Finanzminister Waigel (CSU). Wir von der DID-Redaktion nehmen an, daß die Herren sich mit der Miet- und Preissituation in ihrem Land soweit auskennen, daß sie wissen: bei Löhnen um 625 DM (Pöhl) stehen Hunger und Armut auf der Tagesordnung. Ein Umtausch von 2:1 war faktisch gar nicht machbar. Er wurde nur deshalb tagelang ernsthaft diskutiert, um zu demonstrieren, wer in der DDR das Sagen hat, um auszuloten, wie weit der Widerstand organisiert ist und um keinen Zweifel daran zu lassen, daß man nur das allerunterste Minimum zu zahlen bereit ist. VW-Finanzchef Ullsberger träumte bereits im Dezember von Löhnen "nur ein Viertel so hoch wie bei uns". Der Chef der Unternehmervereinigung Gesamtmetall Kirchner machte im Februar zynische Prognosen für künftige Tarifpolitik. Die DDR-Arbeiter sollten wenig bekommen, aber "gerade noch ausrei-



Zu seinem 60. Geburtstag erwartet Helmut Kohl, daß die DDR-Bevölkerung ihre Wahlversprechen einlöst

chend, um eine Abwanderung in den Westen zu verhindern." Und zum "Ausgleich sollte das Lohnniveau in der Bundesrepublik langsamer steigen" (SZ, 28.2.90). Eine durchaus nachvollziehbare Logik mit - für die Unternehmer - günstiger Auswirkung auf die laufenden Tarifrunden, durchsetzbar mit Hilfe eines wiedervereinigten Arbeitslosenheeres.

Spalte und herrsche

Ein weiterer Grund für den 2:1 Vorschlag war mit Sicherheit die Vorbereitung von Preis- und Steuererhöhungen in der BRD. Bankmanager verteidigten die 2:1 Umrechnung als einzig gangbare Möglichkeit, es sei denn, man bittet - entgegen den Versprechen Kohls und Waigels - die Steuerzahler der BRD zur Kasse, so der Chef der Landeszentralbank in Bayern Müller (SZ, 3.4.90). Der Vizepräsident der Deutschen Bundesbank Schlesinger wußte eine andere Variante:

Er drohte mit "kräftigen Preiserhöhungen" für die BRD (SZ, 3.4.90).

Auch das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung in Essen stellte Ende März fest, daß ohne Erhöhung der Mehrwert-, Lohn- und Einkommenssteuer überhaupt nichts geht. Steuererhöhungen müßten in Betracht gezogen werden, und zwar "umso stärker, je schneller die währungs- und wirtschaftspolitische sowie die staatliche Einheit in Deutschland verwirklicht wird und damit die sozialpolitischen Regelungen der DDR denen der BRD angenähert werden." Außerdem sagen die Wirtschaftsforscher eine "deutlich höhere Inflationsrate" voraus. (SZ, 19.3.90)

Am 23. April wurde schließlich über die Köpfe der DDR-Regierung hinweg ein Umtauschkurs von 1:1 für Löhne und Sparguthaben bis 4000 DM von Bonn verkündet. Während bei dem 2:1 Vorschlag noch von "massiven Zuschlägen" (Kanzleramtsminister Seiters), Subven-



ZEITUNG DER
INDUSTRIERGEWERKSCHAFT
METALL

NR. 4 FRANKFURT 23. FEBRUAR 1990 JAHRGANG 42 D 4713 D

metall



Deutschland,
einig Unternehmerland

Der Zugriff

tionsausgleich und Lohnerhöhungen die Rede war, erklärte Bonn, daß "eine 1:1 Umstellung" von Löhnen, die vor der Währungsunion noch schnell erhöht würden "für die Bundesregierung nicht in Frage komme" (SZ, 24.4.90). Die Subventionen für Lebensmittel, Mieten, Fahrgeld, Kinderkleidung etc. werden ersatzlos gestrichen, dafür Sozialabga-

ben, die es bisher nicht gab, eingeführt. Mit erhöhten Steuern hätte die arbeitende Bevölkerung ab 1991 zu rechnen. Im übrigen sei über den 1:1 Umtausch von Sparguthaben bis 4000 Mark "das letzte Wort noch nicht gesprochen" (CDU-Sprecher Glück, SZ, 25.4.90). Der Chef des bundesdeutschen Giro- und Sparkassenverbandes Geiger meinte z.B., daß

ein 75jähriger nicht mehr soviel bräuchte wie ein Kleinkind. Das sei "sozialpolitisch nicht adäquat" (SZ, 26.4.90).

Zum 2:1 Umtausch ist hier kein großer Unterschied mehr. Diese Roßtäuschelei ist den Kommunalwahlen am 6. Mai in der DDR geschuldet. Auch der 1:1 Umtausch kann im besten Fall nur das nackte Überleben sicherstellen. Wird der

Wohnraum in Privatbesitz überführt, werden die Mieten gnadenlos ansteigen. Die niedrigen Mieten in der DDR waren nur deshalb möglich, weil Wohnungen und Häuser Volkseigentum waren. Auch die Güter aus der BRD sollen teurer werden - wg. der schlechten Transportbedingun-



Der bayerische Finanzminister Tandler, im Bayernkurier, 25.4.90

gen in der DDR (SZ, 5.3.90, 24./25.3.90). Zum Schluß ein Wort zur gnädigen Halbierung der Betriebsschulden: Ein viel besseres Geschäft, als einen Betrieb zu übernehmen, dessen Schulden halbiert wurden, kann man doch gar nicht machen! Deshalb empfiehlt der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie Necker gleich die vollständige "Streichung der Verbindlichkeiten", zumindest die gegenüber der DDR-Staatsbank, d.h. gegenüber dem Volk der DDR (SZ, 24.4.90).

Arbeitslose

Grund zur Sorge um die Arbeitslöhne hat indessen nur ein Teil der DDR-Bevölkerung. Der andere Teil kann damit rechnen, Arbeitslosengeld zu beziehen. Die Zahlen hierzu sind schwankend: Der Arbeitslosenverband der DDR rechnet mit 1,5 - 2 Millionen Arbeitslosen. Dann ist etwa jeder Vierte der 8 Millionen Beschäftigten der DDR arbeitslos - in erster Linie Jugendliche und alleinerziehende Frauen. Die Süddeutsche vom 31.3. schreibt von 3,5 Millionen Arbeitslosen. Und wer bezahlt die Arbeitslosengelder? Zu diesem Zweck fordern SPD und Grüne Kürzungen, z.B. im Rüstungsetat. Tatsächlich: um 545 Millionen DM wurde der Rüstungshaushalt 1990 gekürzt. Das ist soviel, wie in vier Tagen für das Militär in der BRD ausgegeben wird oder soviel, wie eine einmalige Zahlung von 273 DM an die 2 Millionen zu erwartenden Arbeitslosen in der DDR. Herr Stol-

tenberg muß über diese kosmetische Korrektur in seinem Ressort nicht trauern. Sie wird mit Sicherheit im Nachtragshaushalt wieder rückgängig gemacht.

Rentner zu Sozialhilfeempfängern

Ich vermisste Worte des Dembaus!

Wenigstens die Rentner sollen es besser haben als bisher.

Wie die Westdeutschen sollen sie 70% ihres Nettolohnes, der zwischen 600 und

1300 Mark ausmacht, nach 45 Versicherungsjahren erhalten, nachdem sie bisher "nur" 480 Ost-Mark im Schnitt bekommen hatten. Lassen wir das Lamentieren über diese Frechheit angesichts der steigenden Miet- und Lebenshaltungskosten in der DDR. Stattdessen ein Ausschnitt aus einem Brief, der uns aus der DDR erreichte:

"Ja, es hört sich für viele sehr gut an, wenn die Rentenbezüge in der BRD genannt werden. Diese sind ja in den meisten Fällen höher als bei uns. Doch ein absoluter Vergleich ist da schlecht möglich. Ein Rentner oder Pflegebedürftiger zahlt monatlich 115 bzw. 124 Mark für einen Heimplatz. Der Staat zahlt ca 900 M zu. Es bleiben also bei einer Durchschnittsrente von etwa 480 M mindestens 325 M für ihn übrig, und er ist nicht auf Sozialhilfe angewiesen. Meine Tante ist seit vorigem Jahr in einem Altersheim bei Pforzheim untergebracht. Sie hatte einschließlich Witwenrente einen Betrag von 1800 DM. Im Heim zahlt sie pro Tag 60 DM. Da bleibt ihr gar nichts übrig, und

sie mußte einen Antrag auf Sozialhilfe stellen. So bekommt sie monatlich "Taschengeld" in Höhe von 180 DM. Davon gehen die Telefongebühren ab. Für Kaffee und Kuchen am Nachmittag zahlt sie 2 DM, und das Reinigen einer Strickjacke kostet 9 DM. Da kann sich jeder schnell ausrechnen, wie weit sie mit der Sozialhilfe reicht. Sie hat aber auch ein Leben lang gearbeitet."

Stattdessen: Profite

"Die sich jetzt abzeichnende zügige Vereinigung der beiden deutschen Staaten berge für die bundesdeutsche Wirtschaft ungeahntes Gewinnpotential. Wenn Rechts- und Finanzfragen geklärt seien, stehe der DDR-Markt offen für bundesdeutsche Unternehmen." So kommentierte die Süddeutsche Zeitung am 20. März in ihrem Wirtschaftsteil den Kursanstieg an der Aktienbörse nach dem Wahlsieg der Ost-CDU. Die Richtung zielt auf "zweistellige Wachstumsraten" nach bewährtem Rezept: "niedriges Lohnniveau, Steuervorteile für investierende Unternehmen und Nachfrage im Kon-

Die Angestelltengewerkschaft bat uns um Veröffentlichung:

Wir kämpfen um unsere Existenz

Der 1989 bezogene Neubau, in dem die Leitung des Kombines Verpackung sitzt, trägt seit einigen Tagen das Firmenschild „VERPACKUNG + DISPLAY STABERNACK JR. PARTNER GmbH und Co.". Den dort arbeitenden Kollegen wurde mündlich mitgeteilt, daß ihnen zum 30.6.90 gekündigt wird. Einen Sozialplan gibt es nicht; Mittel für Qualifizierung oder Arbeitsbeschaffungsprogramme werden, nach Information durch die Betriebsleitung, nicht bereitgestellt. Über die Bedingungen der Umwandlung dieses VE Kombines in eine GmbH wurden Belegschaft und die BGL genauso wenig informiert, wie sie über einen möglichen Eigentumswechsel zur westlichen Firma. Auch die Belegschaftsvertretung hatte, wie eigentlich im Gesetz über das Betriebsverfassungsgesetz der DDR, Teil I, Nr. 14/1990 gefordert, und das immer noch in Kraft ist, kein Mitspracherecht. So sollen, nach Anweisung der Betriebsleitung bereits die ersten Hoch- und Fachschulkader zur Arbeit an Maschinen in andere Produktionsstätten versetzt werden. In Abstimmung mit der Kommission „Wirtschafts-

Aus: Stadtanzeiger Dresden, Anzeigenblatt für Dresden und Umgebung, 5. 4. 90

sumgüterbereich, die trotz der angepeilten niedrigen Regeleinkommen der Arbeitnehmer und Rentner durch einen staatlichen Kaufkraftausgleich angeheizt wird." (SZ)

Ziel und Absicht der Westkapitalisten ist in erster Linie Abschöpfung der Kaufkraft, die aber bei den niedrigen Löhnen, die sie zu zahlen beabsichtigen, nicht die Welt ausmacht. Deshalb wird aus Weststeuern subventioniert werden müssen. Das nennt sich dann "staatlicher Kaufkraftausgleich".

"Die DDR als Standort ist out." (Spiegel, 12/90)

Die Hoffnung der DDR-Bürger, daß ihre zum Teil veralteten und unrentabel arbeitenden Betriebe modernisiert und Produktionssteigerungen einsetzen würden, wird mit Sicherheit nicht erfüllt. Es geht den hiesigen Kapitalisten vor allem darum, die Betriebe zu übernehmen, bevor die Konkurrenz es tut. Der Spiegel, 12/90 schreibt, es "diene die feierliche Unterzeichnung unverbindlicher Erklärungen dazu, die Japaner aus dem Land zu halten". Der Vorstandsvorsitzende der Dillinger Hütte Saarstahl beugt falschen Hoffnungen vor: Es müsse "nach der Öffnung der

Grenzen eine gleiche Kapazitätsstillegung und Restrukturierung erfolgen wie in den vergangenen Jahren im Bundesgebiet und in Gesamteuropa." (FAZ, 26.1.90)

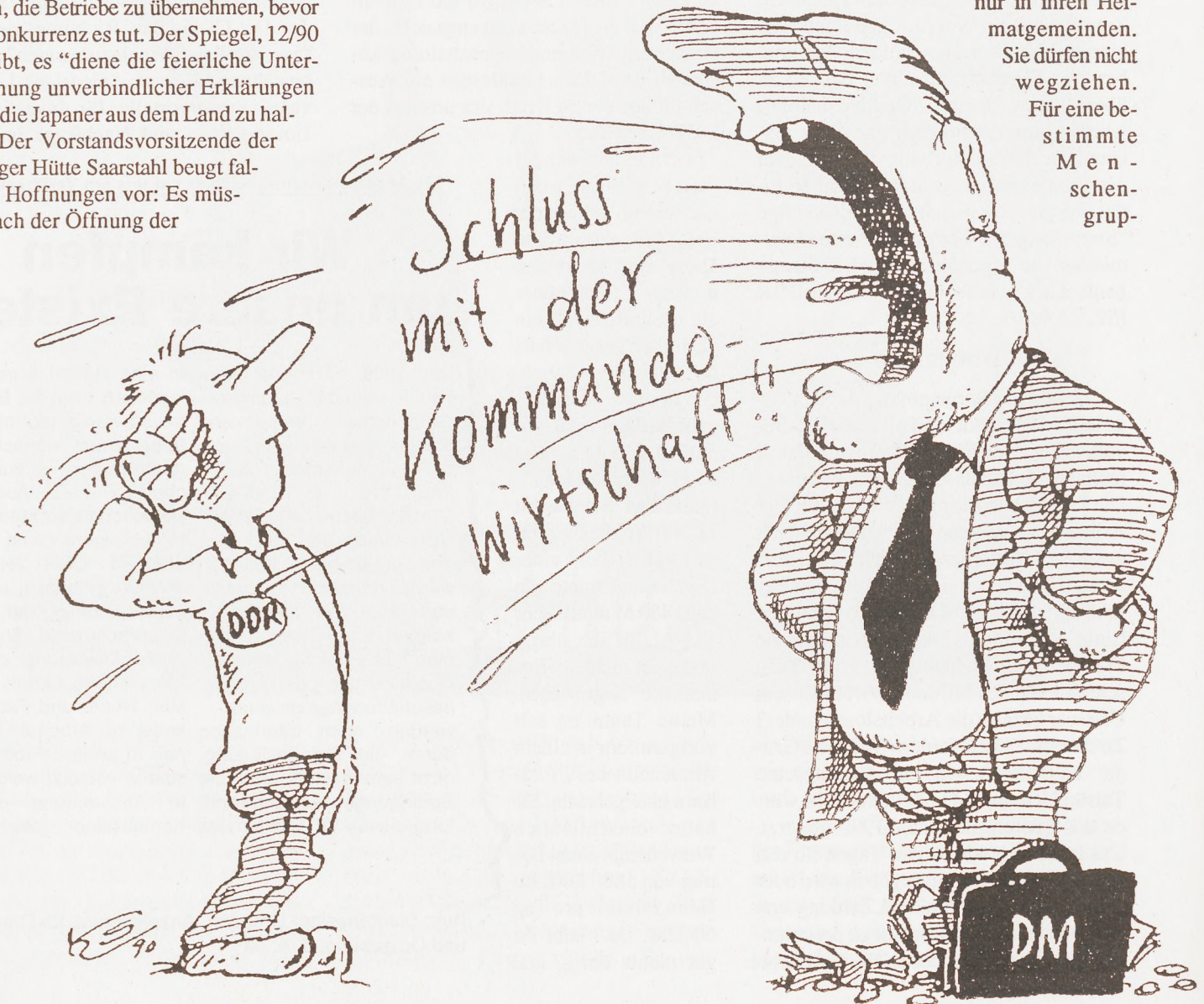
Noch mehr Schmankerl

Um Geschäfte zu machen und Kapital anzulegen, bräuchte man die DDR nicht zu schlucken. Auch vor der Wende wurde "drüben" produziert und gehandelt: VW-Motoren, Nivea-Creme, Möbel (Ikea), Schuhe (Salamander), Schreibmaschinen (Triumph), Schnaps (Underberg), Autoradios (Blaupunkt), Sportartikel (Adidas), Unterwäsche (Schießer), ein Großteil der Quelle-Artikel usw. Die Einverleibung schafft die Möglichkeit, das vom DDR-Staat enteignete Vermögen und den Grundbesitz der Kriegstrei-

ber (siehe auch: "Warum fürchten uns die Polen?") zurückzubekommen, ohne einen Pfennig Geld auszugeben. Außerdem wurden mehr als 20 Milliarden DM Steuerentlastung aus "Unternehmertätigkeit" für 1990 von der Bundesregierung versprochen (SZ, 4.4.90) Es ist also nicht die Sanierung der "maroden Wirtschaft" in der DDR, nicht die Hilfe für unsere "Landsleute im Osten", die die hohen Kosten verursachen. Was uns teuer zu stehen kommt, sind die Gewinne der westdeutschen Wirtschaft.

Staatliche Zwangsmaßnahmen statt Grundgesetz!

1. Auf Sozialhilfeempfänger aus der DDR wird das "Heimatprinzip" angewandt. D.h. Sozialhilfeempfänger bekommen Unterstützung nur in ihren Heimatgemeinden. Sie dürfen nicht wegziehen. Für eine bestimmte Menschen-



pe bedeutet das Aufhebung des verfassungsmäßig garantierten Rechts auf Frei-

Auch das ist neu für die DDR:

Freizeitagentur sucht Mädchen oder Frauen

bis ca. 30 Jahre, um den Aufenthalt von Geschäftsreisenden
im Lande Sachsen zu verschönern.
Chiffre 198

aus "Dresdner Anzeiger"

zügigkeit. Das Heimatprinzip für Sozialhilfeempfänger bestand juristisch zwar in der BRD schon immer, bekommt aber erst durch die massenhafte Verweige-

rung der Freizügigkeit für Bürger der DDR politische Bedeutung.

2. Der Höchstförderungssatz für Studenten aus der DDR, die in der BRD studieren, wurde mit maximal 450,- DM festgesetzt. Studenten aus der BRD bekommen 800,- DM. Dies bedeutet Außer-

kraftsetzung unseres Grundgesetzes: alle Menschen sind gleich, unabhängig von ihrer Herkunft.

3. Artikel 107 des Grundgesetzes der BRD fordert die Sicherstellung eines

"angemessenen finanziellen Ausgleichs zwischen leistungsfähigen und leistungsschwachen (Bundes-)Ländern". Notfalls habe "der Bund aus seinen Mitteln leistungsschwachen Ländern Zuweisungen ... " zu gewähren. Der aus dieser Vorschrift resultierende "Finanzausgleich der Länder" macht derzeit etwa 6,5 Milliarden DM aus. Bei einem Anschluß der DDR flössen jährlich 10 Milliarden DM dorthin. Hier gibt es drei Möglichkeiten: 1. Einige Bundesländer können Bankrott anmelden. 2. Drastischste Steuererhöhungen. 3. Man setzt kurzerhand das Grundgesetz außer Kraft.

Warum fürchten uns die Polen

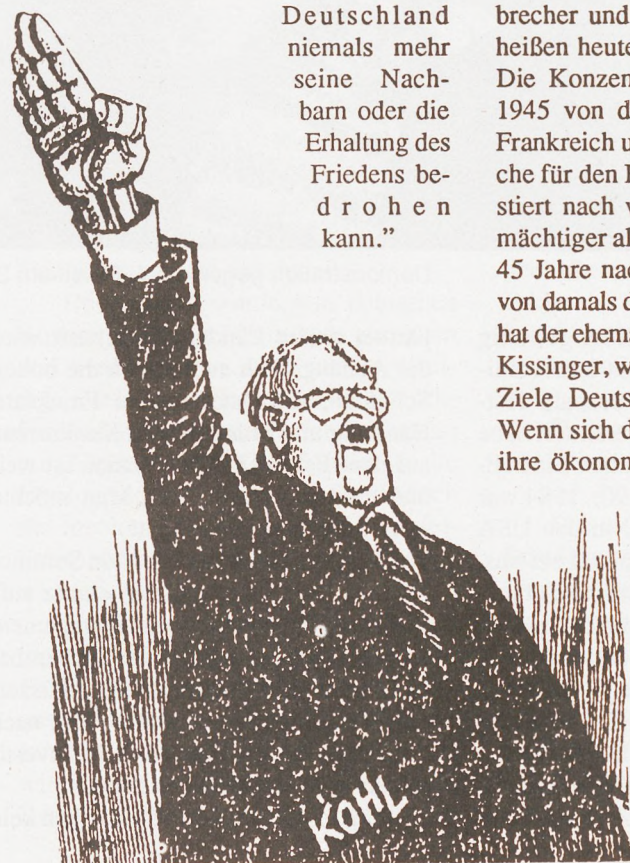
69% der Polen sehen ein wiedervereinigtes Deutschland als Gefahr für ihr Land an. Kein Wunder nach der unsäglichen Grenzdebatte, in deren Verlauf der deutsche Bundeskanzler nicht klären konnte, in welchen Grenzen denn nun die Polen das Recht hätten, in Ruhe zu leben. Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses Bronfman kündigte eine Erklärung seiner Organisation zur deutschen Wiedervereinigung an, wenn im Mai die erste Tagung des Weltkongresses auf deutschem Boden stattfindet - in demselben Gebäude, in dem die Hitlerfaschisten 1942 die "Endlösung der Judenfrage" beschlossen. "Ein Ziel sei dabei, eine Wiederholung des Holocaust zu verhindern" (SZ, 22.3.90). Befürchtet die jüdische Organisation einen neuen deutschen Faschismus?

Der CSSR-Außenminister Dienstbier fordert, daß der neue deutsche Staat auf "Vernichtungswaffen" verzichten müsse. Er verstehe die Angst vor einem erneuten "deutschen Expansionismus" (SZ, 19.3.90). Die Pariser Zeitung "Le Figaro" warnt vor einer "Wiedervereinigung des ehemaligen dritten Reiches". Befürchteten Tschechoslowaken und Franzosen den III. Weltkrieg?

Da helfen offensichtlich auch alle Beteuerungen der bundesdeutschen Regierungs- und Oppositionsverantwortlichen über ihre friedfertigen Absichten nichts, denn die Tatsache, ob das "neue Deutschland" ein "viertes Reich" wird oder nicht, hängt nicht vom Willen der

CDU/CSU/SPD/FDP Strategen ab.

Im "Potsdamer Abkommen", das die Nachkriegsordnung in Deutschland regeln sollte und 1945 von den Siegermächten unterschrieben wurde, heißt es: "Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens bedrohen kann."



1945 wurden insbesondere die Vernichtung der gesamten Industrie, die für Kriegsproduktion genutzt werden kann, und die Zerschlagung und Vernichtung der Wirtschaftsmonopole zur Friedenssicherung für notwendig gehalten. Bekanntlich wurden diese Beschlüsse in den Westzonen nicht durchgesetzt. Wirtschaftsgiganten wie Krupp und Thyssen bestanden weiter oder wurden anderweitig verflochten. Die Nachfolger der Kriegsverbrecher und Hitlerfinanziers IG-Farben heißen heute BASF, Bayer und Höchst. Die Konzentration der Wirtschaft, die 1945 von den USA, der Sowjetunion, Frankreich und Großbritannien als Ursache für den Krieg angesehen wurde, existiert nach wie vor, die Konzerne sind mächtiger als je zuvor und schicken sich 45 Jahre nach Kriegsende an, die Ziele von damals doch noch zu erreichen. Recht hat der ehemalige Außenminister der USA, Kissinger, wenn er sagt: "Alle unerfüllten Ziele Deutschlands liegen im Osten". Wenn sich die Völker Osteuropas gegen ihre ökonomische Vereinnahmung nicht

**Angst im
Ausland: Kohl in
Hitler-Pose in der
»Los Angeles
Times«**

zur Wehr setzen, (und zur Zeit sieht es leider nicht danach aus), wird bei der Erfüllung der Wünsche des deutschen Imperialismus nicht ein Schuß abgegeben werden. Aber ist er deshalb friedlicher geworden? In der Türkei oder Südafrika zeigt er jedenfalls überhaupt keine Bedenken, faschistische Regimes im blutigen Krieg gegen das eigene Volk zu unterstützen.

Wer gewinnt den Kampf um das "Gleichgewicht in der Welt"?

Schulstigschreibt die Unternehmer-Postille FAZ im schicksalsschweren November 1989: "Das Ringen um Deutschland, um Osteuropa, um das Gleichgewicht in der Welt beginnt aufs neue. Der Einsatz ist groß, groß ist aber auch der Gewinn." Das ist tatsächlich eine kurze Zusammenfassung dessen, was in der Welt abläuft. Der Hauptgewinn bei diesem Ringen ist der Titel der Nummer 1 in der Weltrangliste. Titelverteidiger ist derzeit der US-Imperialismus. Der aber konstant an Boden verliert.

1982 noch der größte Kreditgeber der Welt, wurden die USA 1985 zum größten Schuldner der Welt. Der Schuldenberg schränkt die politischen Möglichkeiten der USA gewaltig ein. Der Budgetdirektor des amerikanischen Kongresses mußte deshalb feststellen, daß sich die Welt verändert habe und mit ihr die amerikanischen Einflußmöglichkeiten (FAZ, 17.1.90). 1984 war erstmals deutsches Kapital in den USA stärker vertreten als US-Kapital bei uns. Beim Maschinenbau beispielsweise drängte die westdeutsche Konkurrenz in den letzten Jahren die Hälfte der einheimischen Anbieter vom Markt.

In Südafrika, wo die USA lange die ersten waren, gingen die Direktinvestitionen zwischen 1982 und 1986 um die Hälfte zurück. Heute spielt wirtschaft-

lich die BRD die erste Geige im Rassenstaat. Auch im traditionellen "Hinterhof" der USA, in Lateinamerika, machen sie sich breit. Beispielsweise in Brasilien, wo seit Anfang der 80er Jahre US-Direktinvestitionen durch westdeutsche ersetzt werden.

Bei weitem der härteste Kampf um die Verteilung der Kapitalanlagesphären tobt in Osteuropa. Hier hat nun unbestritten der deutsche Imperialismus die Nase vorn. Er war abgesehen von den RGW-Partnern immer der führende Handels-

Geld. "Um selbst Initiativen für Osteuropa zu ergreifen und eine aktivere Rolle zu spielen, müßten wir uns bei den Japanern Geld borgen und es dann den Osteuropäern leihen." (David Calleo, Zeit, 21.11.89)

Z.B. die Japaner, die laut SZ bereits Hotelräume über Monate im voraus gebucht hätten (29.3.90): Die taz vom 28.3.90 zitiert ein Gespräch mit einem Beamten des Tokioter Industrie- und Außenhandelsministeriums: Osteuropa sei noch ein unbeackertes Feld. Es werde wohl noch



Demonstration gegen ein 4. Reich am 27. 1. 90 in München

partner dieser Länder. Verschärft wird die Abhängigkeit auch durch die hohen Schulden, die Osteuropa in Frankfurt, Hamburg und München hat. Konkurrenz auf dem Feld der Ostexpansion ist weit und breit nicht zu sehen. Man möchte zwar gern, kann aber nicht!

Z.B. Frankreich: Im letzten Sommer hatte Mitterrand seine Unternehmer aufgefordert, doch etwas mehr Engagement in Osteuropa zu zeigen. Im November stellt eine französische Wirtschaftszeitung resigniert fest, daß der Weg nach Osteuropa nur über französische Investitionen in der BRD laufen kann.

Z.B. die Amerikaner: Sie haben kein

einige Zeit dauern, bis japanische Unternehmen dort massiv antreten. Um so mehr würde sich eine Kooperation mit westdeutschen Firmen bei Projekten in Osteuropa anbieten.

Wie sangen doch die "Schmetterlinge" in ihrer Proletenpassion vor einigen Jahren, als sie die Ursachen für den 1. Weltkrieg erklärten: "Wenn ein Hund einem Hund einen Knochen klaut und ein anderer Hund hat zugeschaut, ja denn geht er hin und fängt an zu ziehn, daß die Fetzen fliegen. Wenn ein Kapital national erstarkt und ein Konkurrent will auch den Markt, ja dann geht er hin und fängt an zu ziehn, daß die Fetzen fliegen."

Deutsches Erwachen

Der Optimist: Der deutsche Kaiser hat gesagt: Es gibt keine Parteien mehr, es gibt nur noch Deutsche.

Der Nörgler: Das mag für Deutschland richtig sein, anderswo haben die Menschen vielleicht doch einen noch höheren Ehrgeiz.

Der Optimist: Wieso?

Der Nörgler: Es versteht sich schon nach der Nationalität, daß sie anderswo keine Deutschen sind.

(aus Karl Kraus: "Die letzten Tage der Menschheit")

Große Zeiten dulden keine Opposition.

Wie unangemessen ist es heute in den Diskussionen über die Wiedervereinigung auf das Naheliegendste zu verweisen - die bisherigen Erfahrungen, die mit einem geeinten Deutschland gemacht wurden. Einem Deutschland, das als mehrfacher Kriegsbrandstifter in die Geschichte einging, das Fakten und Begriffe schuf, die noch heute Synonym für grenzenlose Barbarei sind: KZ, Totaler Krieg, "Untermenschen", "Endlösung", ...

Man habe schließlich aus der Geschichte gelernt, lautet die standardisierte Entgegnung von den Schönhubers, den Blüms und den Brandts. Doch so sehr sich jene gegen solche Begriffe aus der Vergangenheit verwahren, so lassen sie selbst andere, heute "angemessenere", wieder aufleben: "Der Stolz, ein Deutscher zu sein", "Deutsches Vaterland", "Widernatürlichkeit der Spaltung", ...

Es stimmt schon, aus der Geschichte haben sie zweifelsohne gelernt. Es bleibt nur die Frage: Was?

Die Wiedervereinigung kommt. Um die Menschen beiderseits der Grenze dafür zu begeistern, griffen und greifen die Protagonisten der Vereinigung zu einer altbewährten Ideologie. Daß bei der Schaffung von neuen Staatengebilden der wirtschaftliche Aspekt stets der bestimmende war, für "Deutschland" soll diese Wahrheit nicht gelten. Die Schaffung von Produktionskapazitäten für die westdeutschen Konzerne, von denen die IG Farben nur träumen konnte, die Ausweitung des direkten wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kommandos über weitere 15 Millionen Menschen, der Aufstieg zur Supermacht ... all das spielt heute angeblich keine Rolle. Nur eines sei wichtig: Die Deutschen haben ein Recht auf die Vereinigung.

Deutschland ist eine gerechte Sache.

"Die Rechnung, daß alle, außer den Deutschen, ihre Interessen wahrnehmen dürfen, wird nicht aufgehen", verkündet Augstein in seinem SPIEGEL und beschwert sich über eine "ostentative Underdog-Behandlung 45 Jahre nach dem Ende des Krieges".

Augstein eint damit alle Vereiniger.

Die Deutschen als ungerecht behandeltes Volk, ja als unterdrückte Nation, die nur ihr legitimes Recht auf Selbstbestimmung einfordert. Die BRD, die, seit sie politisch, wirtschaftlich und militärisch dazu in der Lage war, um des Geschäfts willen alles unternimmt, um das Selbstbestimmungsrecht der Völker Kurdistans, Südafrikas, etc. zu unterdrücken - zynisch stellt sie sich als Opfer dar.

Die Frage ist nur: Welche fremde Macht unterdrückt uns denn?

Deutschland wurde von deutschen Konzernherren und Politikern gespalten und wird jetzt von ihnen wieder vereinigt. Die Demagogie von der unterdrückten Nation hat nichts mit der Realität zu tun, bildet aber das Grundgerüst für die Ideologen der Vereinigung. Das Fleisch der Ideologie, mit dem diese Lüge gleichermaßen gefüllt wie aufrechterhalten wird, stinkt schon nach Verwesung:

Nach altem Rezept wird die Nation mystifiziert. Die Spaltung sei "wider die Natur", die Deutschen gehören von "Natur aus" zusammen, ... - "jetzt wächst zusammen, was zusammengehört", hören wir von Willy Brandt und können es lesen, im "Republikaner" wie in der

Süddeutschen Zeitung.

Folgt man dieser "Logik", so waren auch die Kriege, die das Große Deutschland vom Zaun gebrochen hat, ebenso natürlich. Das "Reich" erwuchs nun einmal in der Aggression gegen Frankreich und auch Danzig war "natürlich" deutsch.

Nationalstaaten sind in erster Linie wirtschaftliche Gebilde. Mit dieser einfachen Wahrheit lassen sich freilich Menschenmassen nicht in einen großdeutschen Taumel versetzen. Mit der Erklärung des vereinigten Deutschlands zum Naturgesetz schon. Darin hat man in deutschen Landen tausendjährige Erfahrung.

Deutschland ist eine gerechte und natürliche Sache.

Daß es von diesem nationalistischen Standpunkt kein Schritt mehr ist zum Deutschtums-Kult, zum Rassismus, zeigt die Gegenwart. "Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein" - solche Parolen waren bis vor kurzer Zeit nur im neo-faschistischen Spektrum zu hören. Heute ist es wieder so weit, daß auch das Symbol des deutschen Spießbürgers im Ministerrang diese Wörter hinausröhren darf, ohne daß er fürchten

muß, als Rechtsradikaler bezeichnet zu werden. Vielmehr ist man sich einig:

Deutschland ist eine gerechte, natürliche und stolze Sache.

Die Mystifizierung der Nation, die gerechte Sache des Vaterlands, Stolz und Ehre - das Vokabular wurde nahezu unverändert übernommen von den nationalistischen Demagogen der Vergangenheit. Doch der Nationalismus war kein Selbstzweck. Er war das Mittel, das die Deutschen dazu brachte, sich zweimal in diesem Jahrhundert vom "Vaterland" ermorden zu lassen. Die letzten Monate

haben gezeigt, wie heute wieder die Saat des Nationalismus für eine aggressive Politik aufgeht. Kohls chauvinistisches Verhalten gegenüber Polen, die Infragestellung der Grenzen bei Reparationsforderungen, der Ausschluß Polens (wo die Armee des letzten geeinten Deutschlands 1/5 der Bevölkerung ermordete) von den Verhandlungen über die Wiedervereinigung, schließlich die immer deutlicher werdende politische und wirtschaftliche Unterwerfung der Deutschen Demokratischen Republik ... - große Teile der Bevölkerung müssen im nationalen Trance-Zustand gehalten werden, um eine

Opposition gegen eine solche Politik zu verhindern.

Es gibt keine Parteien mehr, es gibt nur noch Deutsche. Kaiser Wilhelms Jubelruf von 1914 läßt sich getrost auf 1990 übertragen. Die Aggressivität der westdeutschen Politik und deren nationalistische Rechtfertigung läßt erahnen, welches Geschöpf mit dem geeinten, mächtigeren Deutschland geboren wird: Ein Land, in dem noch weniger Platz für Warnungen vor "totalen Kriegen" und "Endlösungen" sein wird, umso mehr Platz jedoch für die Wegbereiter der praktischen Wiederholung.

Zur Diskussion: Der Frieden ist nicht sicherer geworden

Die geringe Beteiligung an den Ostermärschen in diesem Jahr wurde allgemein so gewertet, daß die Angst vor einem neuen Krieg geringer geworden ist. Was bestärkt die Menschen eigentlich in dieser Annahme? Wenn auch nicht in der BRD, so werden doch ständig Kriege geführt. Krieg gegen die Sandinisten in Nicaragua, Krieg gegen das kurdische Volk in der Türkei, Krieg gegen die Schwarzen Südafrikas, jahrzehntelanger Krieg gegen das saharauische Volk in der Westsahara, Krieg gegen das palästinensische Volk in Palästina. Wir leben in einem Zeitalter der permanenten Kriege. Besonders die führenden Mächte der NATO haben immer wieder bewiesen, daß für sie der Krieg nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist. Frankreich in Algerien, England auf den Falklandinseln, die USA in Nicaragua, auf Grenada, in Vietnam usw.

Die Bundesrepublik hat bisher versucht, aus dem Hintergrund zu agieren. Sie hat Versorgungsaufgaben übernommen für die "Schnelle Eingreiftruppe" der USA, die USA im Nordmeer entla-

stet, als diese Schiffe an den Suez-Kanal und in den Persischen Golf schickte usw. Dick im Kriegsgeschäft sind aber deutsche Waffen. Das deutsche G3-Sturmgewehr ist bei jeder kriegerischen Auseinandersetzung beteiligt. Der türkische Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk wäre ohne die deutschen Panzergeschenke vom Typ Leopard und ohne die Hubschrauber made by MBB nicht führbar.

Der einzige Grund, warum der Kalte Krieg in den Fünfzigern nicht zu einem heißen und Deutschland wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg nicht endgültig ausradiert wurde, war, daß die Sowjetunion eine Macht geworden war, gegen die man nicht risikolos Krieg führen konnte. Heute löst sich der Warschauer Pakt langsam auf, die Sowjetunion ist von inneren Unruhen geschüttelt, immer mehr muß sie sich westliche Konzerne ins Land holen. Ihre Rolle als ökonomische Supermacht und vielleicht auch ihre Rolle als militärische Supermacht weicht langsam auf. Macht nicht gerade das einen Krieg für die NATO wieder kalkulierbar?

Gibt es denn überhaupt irgendwelche Zeichen dafür, daß die Welt, daß unsere Zukunft friedlicher wird?

Sind die Militärpotentiale geringer geworden, seitdem die USA und die Sowjetunion über Abrüstung verhandeln?

SZ, 5.4.90: "Der Abrüstungsvertrag der Supermächte für strategische Kernwaffen (START) wird nach Darstellung der *Washington Post* weit hinter die ursprüngliche Ankündigung einer Halbierung der Arsenale zurückfallen. Unter Berufung auf Regierungsvertreter und Experten heißt es, nach den fast fertigen Vereinbarungen würden die USA praktisch keine ihrer im letzten Jahrzehnt produzierten Langstreckenwaffen vernichten müssen. Die UdSSR werde nur bei stationären Langstreckenwaffen abrüsten, dafür aber auf mobile Systeme ausweichen können."

Zwei Militärexperten der englischen Universität Bradford veröffentlichten einen "Leitfaden nuklearer, biologischer und

chemischer Waffen und Abrüstung 1990" (Verlag Tri-Service Press) und belegen darin, daß die Militärmächte weiter aufrüsten. Zwar ging die Anzahl der Soldaten zurück, die Feuerkraft der Waffensysteme werde hingegen auch bei konventionellen Waffen weiter ausgebaut. Die Engländer nennen als Beispiel auch ein in der BRD entwickeltes Mehrfach-Raketenwerfersystem: ein Gerät, das innerhalb einer Minute zwölf Raketen abfeuern kann. So sei ein Werfer in der Lage, eine ganze Kleinstadt zu vernichten.

Die Mitgliederzeitung der Gewerkschaft IGM berichtet, daß die Rüstungsausgaben der BRD 1990 mit 65,1 Milliarden einen neuen Rekord erreicht haben. Zu dem offiziellen Verteidigungshaushalt von 54,2 Milliarden werden 10,9 weitere dazugerechnet, die in anderen Etats versteckt sind (Bauwesen, Verteidigungslasten, ...), nach NATO-Kriterien zum Verteidigungsaufwand gerechnet werden. (metall 9.2.90)

Auch in der Bundesrepublik wird von Abrüstung geredet. Der "Jäger 90" ist etwas ins Trudeln geraten und selbst unser neuer "Verteidigungs"minister Stoltenberg hat angekündigt, daß die Bundeswehrstärke in den neunziger Jahren unter 420 000 liegen könnte (derzeit 495 000). Doch solche Absichten sind schon länger bekannt, angesichts hochtechnisierten Kriegsgeräts die Anzahl der Soldaten zu verringern und ihre Ausbildung zu verbessern. Mit Abrüstung hat das nichts zu tun, vielmehr sollen die Armeen dadurch effizienter werden.

Besondere Beachtung muß es finden, wenn der alte Rußlandkämpfer und nicht gerade Franzosenfreund Dregger Frankreich aufruft, die nukleare Führungsrolle in einem militärisch vereinten Europa zu übernehmen. Dazu solle das westeuropäische Militärbündnis WEU wiederbelebt werden. (SZ 18.3.90) Über ein vereintes Europa wollen die deutschen Militaristen eine Atommacht werden, die die Kraft hat, sich von der USA abzukoppeln.

Die Argumentationen für die neue Supermacht sind verschieden. Die Zeit veröffentlichte den Beitrag eines dänischen Autors, der forderte, daß Deutschland Atommacht werden müsse, um die Abrüstungsverhandlungen der Supermächte ihrer europäischen Komponente zu berauben und damit zu vereinfachen. (Zeit 28.7.89) Also eine Atommacht Deutsch-



Demonstration gegen ein 4.Reich am 27.1.90 in München.

land, um den Frieden zu sichern.

Gerade das Friedensgefasel scheint überdecken zu sollen, daß die Zeichen auf Sturm stehen. Die alten Mititärbündnisse kommen ins Wanken, und viele hoffen, die Kriegsgefahr damit auch. Doch die Geschichte lehrt uns, daß heftige Bündnisverhandlungen Vorboten künftiger Kriege sind.

Wurde die Lehre aus den beiden Weltkriegen gezogen?

Um die Gefahr auszuschließen, daß von deutschem Boden wieder ein Krieg ausgeht, verpflichteten sich die Besatzungsmächte am 2. August 1945 im Potsdamer Abkommen:

- zur völligen Abrüstung und Entmilita-

risierung Deutschlands,

- zur Vernichtung der gesamten Industrie, die für eine Kriegsproduktion genutzt werden kann,
- zur Vernichtung der NSDAP und Unterbindung jeglicher nazistischer Betätigung und Propaganda,
- zur Verhaftung und Bestrafung aller Kriegsverbrecher,
- zur Zerschlagung und Vernichtung der Konzentration der Wirtschaftskraft (Monopole).

Die Siegermächte stellten einen Katalog der Dinge zusammen, die einen Krieg verhindern können. Kein einziger dieser Punkte kann heute als erfüllt gelten. Im Gegenteil, wir entfernen uns von der Erfüllung des Potsdamer Abkommens immer mehr. Selbst die Anzahl der deutschen Kriegsverbrecher steigt wieder, seitdem

die Bundesrepublik zunehmend im weltweiten Waffenhandel, bevorzugt mit faschistischen und rassistischen Staaten verstrickt ist.

Ist "Deutschland" friedlicher geworden?

Die DDR ist geschluckt, Polen zittert bereits und auch die große Sowjetunion ist nicht mehr sicher. Die "Wiedervereinigung" hat weltweit Sorge ausgelöst. Man fürchtet sich vor einem stärker werdenden Deutschland, einfach weil ein starkes Deutschland in der Geschichte nicht gerade zum Frieden in der Welt beigetragen hat.

Doch es gibt auch bereits konkrete Befürchtungen. Die immer noch nicht anerkannte Oder-Neiße-Grenze zu Polen hat ein dunkles Licht auf die Ost-Absichten westdeutscher Politiker und Industrieller geworfen. Selbst wenn Kohl heute einen entsprechenden Vertrag unterzeichnet, scheint er doch jetzt bereits nicht mehr das Papier wert zu sein, auf das er vielleicht geschrieben wird. Der Vertriebenenführer Czaja lehnt eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ab (SZ 9.3.90), der Vorsitzende der Schlesier Hupka fordert sogar deren Revision und der "Bund der Vertriebenen" will eine Volksbefragung der in diesen Gebieten lebenden Menschen zuzüglich der daraus "vertriebenen" (SZ 7.3.90). Polen hat also allen Grund zu zittern, zumal in der westdeutschen Presse auch die rassistische Verhetzung gegen den "Polaken" vorangetrieben wird. Wirtschaftlich ist Polen sowieso schon verraten und verkauft.

Auch die große Sowjetunion wird bereits wieder in Angriff genommen. Wie wir bereits im DID Nr.73 ("Neue Deutsche Welle") berichteten, ist für die Gebiete um das ehemalige Königsberg eine "Sonderwirtschaftszone" für deutsche Kapitalanleger geplant. Dazu sollen in diesem Gebiet Deutschstämmige aus der ganzen Sowjetunion angesiedelt werden. Eine "5.Kolonne" wird organisiert.

Macht ein neutrales Deutschland die Welt sicherer?

Entgegen der öffentlichen Stellungnahme der Sowjetunion behaupten amerikanische NATO-Beamte, Gorbatschow

wolle gar kein neutrales Deutschland, er fürchte es sogar, und die SU möchte die NATO von einem Bündnis gegen die SU umwandeln zu einer Kontrollinstanz über ein wiedererstarktes Deutschland. (SZ 8.3.90)

Gleiche Gedanken hegt offensichtlich die polnische Regierung. Vor einem unabhängigen Deutschland fürchtet sie sich mehr als vor einem Deutschland, das in seine NATO-Verpflichtungen eingebunden ist.

Offensichtlich hat sich die Welt geändert. Das Kräfteverhältnis in der Welt entspricht nicht mehr dem zu Gründungszeiten der NATO. Was hat sich verändert?

- Die NATO, spätestens seit Aufnahme der BRD ein antikomunistisches Kriegsbündnis, hat Probleme mit dem Feindbild. Der Ostblock weicht auf und bekennt sich Stück für Stück zur Marktwirtschaft, zum Privatbesitz an Produktionsmitteln. Der Zugriff zum Ostmarkt wird nicht mehr durch die Sowjetunion verhindert, vielmehr ist das Wettrennen der kapitalistischen Mächte um das größte Stück vom Ostmarkt entbrannt, und die BRD liegt nicht schlecht im Rennen. Werden jetzt die ökonomischen Konflikte zwischen den kapitalistischen Ländern das antikomunistische NATO-Bündnis spalten?

- In die bipolare Welt USA kontra SU sind weitere zumindest ökonomische Großmächte vorgestoßen: Japan und die BRD. Die BRD ist eine unumstrittene kapitalistische Führungsmacht in der westlichen Welt geworden, wenn auch etwas klein. Doch diese Einschränkung wird aufgehoben werden. Mit dem Binnenmarkt 1992 wird Europa die stärkste ökonomische Macht der Welt und erhält damit auch die Chance, die stärkste Militärmacht der Welt zu werden. In diesem Europa wird ein erstarktes Deutschland eindeutig die führende Macht sein. Das derzeitige Gebaren der BRD, gerade was die ökonomische Eroberung des Ostens betrifft, läßt Schlimmstes befürchten - für den ganzen Rest der Welt und für uns selbst.

Schon einmal gab es den Versuch einer großen Koalition, um die polnischen Grenzen vor dem deutschen Militarismus zu sichern. Wir sind einer neuen großen Koalition gegen ein Deutsches Reich nicht fern, und die Angst vor diesem Deutschland ist begründet. Zumin-

dest gibt es außer dem Friedensgesäusel der Politiker keine Anzeichen, die auf Frieden deuten.

Macht die Wiedervereinigung den Frieden sicherer?

Die CSU hat immer gedroht, daß es in Europa keinen sicheren Frieden geben könne, solange das deutsche Volk geteilt sei. Diese Ungerechtigkeit sei so wider-natürlich, daß sie zwangsläufig zu einer Lösung dränge. Wir wissen, daß es kein Naturgesetz gibt, das einer Nation zwangsläufig einen Staat zuordnet. Auf der Welt ist das eher die Ausnahme und die staatlichen Grenzen werden immer mehr durchbrochen, sowohl von den großen Firmen als auch von den Arbeiter- und Flüchtlingsströmen.

Wir wissen aber auch, daß mit dem Versailler Vertrag schon einmal das "ungerechte" Ergebnis eines Krieges für den nächsten verantwortlich gemacht wurde und daß der deutsche Faschismus mit jedem Stück Land, das er wieder dazu gewann, immer aggressiver wurde. Wir haben heute keinen Faschismus, aber wir stehen bald wieder vor der Grenze Polens, deren Revidierung auch bereits gefordert wird. Wir haben wieder starke Kräfte, die sich offen zum Faschismus, zum Rassismus und zum Ausländerhaß bekennen, und wir haben wieder eine Industrie, die nach der Weltmacht greift.

Angesichts dieser Situation reicht es nicht, von einem vereinigten Deutschland zu fordern, daß es bestimmte fortschrittliche Dinge aus der heutigen DDR übernimmt, wie die Anzahl der Kindergartenplätze, das Recht auf Arbeit im Grundgesetz oder ähnliches.

Das Potsdamer Abkommen kann uns ein Anhaltspunkt sein für ein friedliches Deutschland: Verbot aller faschistischen und rassistischen Propaganda und der entsprechenden Parteien und Organisationen; raus aus dem Geschäft mit dem Krieg, Entmachtung der Monopole ...



Die Kriegsgewinnler sollen zahlen!

Inzwischen bei den meisten schon wieder in Vergessenheit geraten, ist die Ungeheuerlichkeit, die Kohl sich leistete, als er die längst überfällige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze von einem Verzicht Polens auf Reparationen abhängig machte.

Der 2. Weltkrieg begann vor 50 Jahren mit dem deutschen Überfall auf Polen.

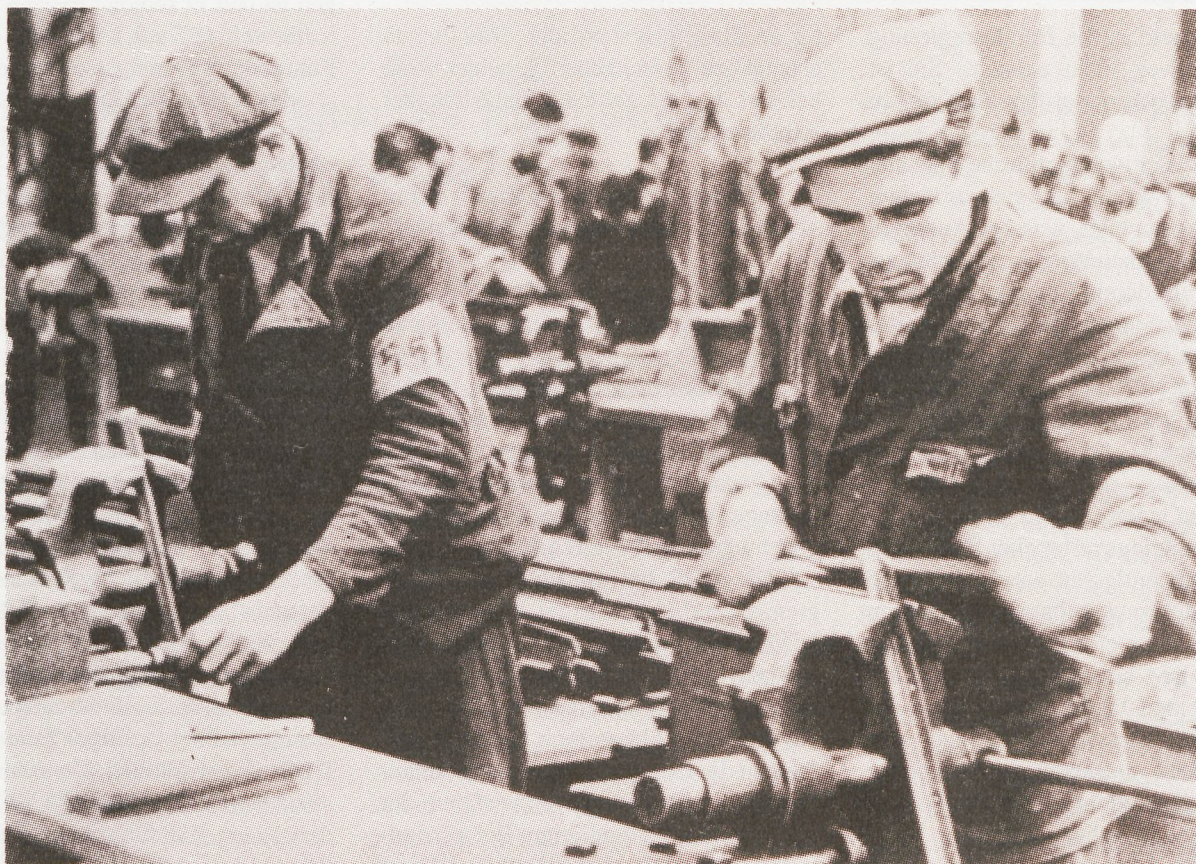
Unbeschreiblich sind die Leiden, die Polen in den 6 Jahren des von Deutschland entfesselten Krieges zugefügt wurden: 6 Millionen Tote (1946 hatte Polen 23,9 Millionen Einwohner), Flucht und Vertreibung. Verbrannte Erde, Todes- und Vernichtungslager überall im Land. Polen verlor die Hälfte seines Volksvermögens.

Über 2 Millionen Polen waren zur

Zwangsarbeit ins Reich getrieben worden. Vielleicht die Hälfte kam zurück, genau weiß man es nicht. Die anderen tot, erschossen, erschlagen, durch Zwangsarbeit vernichtet. Kein einziger hat dafür je Entschädigung bekommen, weder die Überlebenden, noch die Angehörigen. So können laut Bundesentschädigungsgesetz individuelle Leistungen für erlittenes Unrecht wenn überhaupt, dann nur Deutsche (!) erhalten (z.B. KZ-Opfer, von denen aber viele noch heute, meist über 80jährig, um Anerkennung einer kleinen Zusatzrente kämpfen müssen).

Kohl scheut sich auch nicht, in der Frage der Entschädigungsleistungen den Spieß herumzudrehen: schließlich halte Polen ja bis heute deutsches Land besetzt. Wer muß da wohl entschädigt werden? Der dritte Grund, warum keinerlei Wiedergutmachungsansprüche aner-

kannt werden, ist die Erklärung vom 23.8.1953, mit der Polen endgültig auf Reparationen verzichtet habe (s. Kasten S. 15). Unterschlagen wird dabei immer, daß Polen mit dieser Erklärung nie auf die Entschädigung der einzelnen Bürger sowie deren Hinterbliebenen verzichtet hat. Die Verzichtserklärung ist eine völkerrechtliche Abmachung, die auf staatlicher Ebene die Frage der Reparationsforderungen klärt. Das z.B. an den Zwangsarbeitern verübte Unrecht wurde dadurch niemals den allgemeinen "Kriegsfolgen" zugeschrieben, Entschädigungsrechte der einzelnen Bürger niemals mit Reparationen verwechselt. Nach Schätzung polnischer Experten haben 45 Jahre nach Kriegsende mehr als 13 Mio. Polen individuelle Ansprüche auf Entschädigungsleistungen, die sich heute auf ca. 537,1 Milliarden DM belaufen (SZ v. 8.3.90). Solche



Über zwei Millionen Polen wurden als Zwangsarbeiter von deutschen Konzernen ausgebeutet. Nur jeder zweite überlebte.

Wie war das mit den Reparationen?

Auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 legten Großbritannien, die UdSSR und die USA fest, daß Deutschland eine Wiedergutmachung zu leisten habe. Zugleich war aber klar, daß dadurch nie und nimmer die tatsächlichen Verwüstungen und Schäden des von Deutschland angezettelten Krieges beglichen werden könnten. (Dazu wäre eine Summe von 485 Milliarden Dollar, gerechnet zu Vorkriegspreisen, nötig gewesen - so die damaligen Schätzungen).

Die UdSSR bezifferte ihre Forderungen gegenüber Deutschland auf 10 Milliarden Dollar, was etwa 10% des angerichteten Schadens entsprach. Sie verpflichtete sich, davon 15% an Polen abzutreten, dessen Volkswirtschaft nach der Sowjetunion die größten Kriegszerstörungen erlitten hatte.

Bereits auf der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 hatten die Westmächte darauf hingewirkt, daß die SU ihre Forderungen fast ausschließlich aus

der sowjetisch besetzten Zone befriedigen sollte. Damit bürdeten die Westzonen, der viel kleineren Ostzone, die zudem ärmer war an Industrieanlagen, Ressourcen und Rohstoffen, in der Zeit der allergrößten Not zusätzliche Belastungen auf. (Die Zusage, etwa 25% der Industriearüstungen, die in den Westzonen demontiert werden sollten, der UdSSR und Polen zuzuführen, wurde nie erfüllt). Wäre Deutschland von den Westzonen so wie es das Potsdamer Abkommen bindend vorschrieb, als wirtschaftliche Einheit behandelt worden, dann wäre es auch der sowjetisch besetzten Zone viel leichter gefallen, ihren Anteil zu der historisch gerechtfertigten Wiedergutmachung zu leisten.

Bis Ende 1953 hatte die DDR nach Angaben der UdSSR einen Reparationsanteil von 4,3 Milliarden Dollar erbracht. (Über die genaue Höhe der Zahlungen gibt es sehr unterschiedliche Angaben von Experten aus dem Westen. Der "Stern" Nr.42 z.B. schreibt von insgesamt 100 Milliarden DM, die von der DDR an die UdSSR und an Polen gezahlt wurden).

Ansprüche erklärt die Bundesregierung für schlichtweg nicht existent. Sie ist nicht einmal bereit, darüber auch nur zu verhandeln.

Gerster, der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion hat sich trotzdem einmal ausgerechnet, was bei Anerkennung der polnischen Wiedergutmachungsansprüche und deren "Folgeforderungen" denn so zusammenkäme. Selbst der Unionspolitiker kommt dabei auf eine Summe von fast 300 Milliarden DM. Gerster: es sei "unverantwortlich" und "unmoralisch"(!) "derartige Lasten den Arbeitnehmern von morgen vor die Haustür" zu legen. (SZ v.6.3.90).

Als der Kriegsverbrecher Flick 1950 aus der Haft entlassen wurde, während der er seinen Konzern hatte weiterführen können, da hatte er schon wieder einige Millionen DM beieinander. Seinesgleichen hatte den Profit gezogen aus der Zwangsarbeit der verschleppten und meist bis zum Tode ausgebeuteten Menschen aus allen überfallenen Ländern (insgesamt waren es nahezu 11 Mio. Menschen). Alle Ansprüche der Opfer von Zwangsarbeit haben sich immer eindeu-

tig an diese privaten oder öffentlichen ehemaligen "Arbeitgeber" gerichtet. Aber bei uns hat zu zahlen - natürlich der Arbeitnehmer.

"Wenn ihr Deutschen die Grenzen verändern wollt, bedeutet das Krieg"

So ein 70-jähriger Pole zu "Stern"-Reportern, die an der Oder-Neiße-Linie recherchierten.

Der Kontrollrat der 4 Siegermächte hatte sich ein knappes Jahr nach Kriegsende darauf geeinigt: "Deutschland besteht aus dem gegenwärtigen Gebiet zwischen der Oder-Neiße-Linie und den gegenwärtigen Westgrenzen."

Die DDR hat die polnische Westgrenze förmlich anerkannt. Der damalige DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl und sein polnischer Kollege Józef Cyrankiewicz unterzeichneten am 6. Juli 1950 das Görlitzer Abkommen, in dem beide Staaten die Oder-Neiße-Linie als "unanastbare Grenze des Friedens und der Freundschaft" garantierten. Polen konnte das so formulieren, weil es keine Angst vor der DDR haben mußte.

Adenauer dagegen wollte sich Zeit seines Lebens nicht zu einer eindeutigen politischen Abmachung zur Westgrenze Polens verpflichten. Im Gegenteil. Schon aus seiner Zeit stammen die Angriffe auf die Bestimmungen für eine friedliche Nachkriegsordnung, die er nicht anerkennen wollte. Von seinem Staatssekretär Globke (zu Nazi-Zeiten Kommentator der Nürnberger Rassengesetze) ließ er 1958 polnische Entschädigungswünsche zurückweisen: Polen sei ja durch die deutschen Gebiete schon mehr als reichlich entschädigt. 1960 versicherte Adenauer vor Vertretern ostpreussischer Landsmannschaften, wenn die BRD nur fest zur NATO stehe, dann werde es schon irgendwann klappen mit der Rückkehr in die alte Heimat.

Die Revanchisten haben ihre Ansprüche vom Weiterbestehen des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 (mindestens) in den folgenden Jahrzehnten unbehelligt weiter verbreiten können. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Herzog, versteht die ganze Debatte um die polnische Westgrenze überhaupt nicht. Er erinnert daran, daß nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts das Deutsche Reich nach 1945 nicht untergegangen ist und in seinen Grenzen von 1937 fortbesteht (SZ v.2.1.90). Dies setzen die Führer der Revanchistenverbände immer wieder in aktuelle Tagespolitik um. Eine "Ostverschiebung der heutigen polnischen Staatsgrenze" stellt sich der Vertriebenen-Präsident und CDU-Bundestagsabgeordnete Czaja jetzt vor. Einig mit Kohl, der keine Garantie für die Oder-Neiße-Grenze geben will, droht er, daß der Verzicht auf 104 000 Quadratkilometer deutsche Heimat jenseits von Oder und Neiße nicht von Dauer sein werde (SZ v. 3./4.3.90). Hupka, der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, forderte am 6.3.90 eine Teilung Polens: aus dem westlichen Polen solle "eine von Deutschland und Polen gemeinsam regierte freistaatliche Zwei-Staaten-Zone" gemacht werden (taz v. 7.3.90). Der unverhüllte Revanchismus, jahrzehntelang in Aktion, zeigt seine ganze Bedrohlichkeit v.a. im Zusammenhang mit dem Bestreben der Mächtigen in der BRD, die DDR einzuverleiben. Denn nur die Existenz der DDR war es, die 40 Jahre lang den Polen die Grenze und damit den Frieden gesichert hat.

Warum Polen auf Reparationen verzichtet hat

Die Sowjetunion und Polen haben am 23. August 1953 in ähnlich lautenden Erklärungen mit dem Stichtag 1.1.1954 auf weitere Reparationen aus Deutschland verzichtet. Der Moskauer Text bezieht sich dabei ausdrücklich auf Leistungen aus der DDR. In der Warschauer Erklärung heißt es, die Moskauer Beschlüsse "stärken die Kräfte des Friedens und der Demokratie in ganz Deutschland, deren Verkörperung die Deutsche Demokratische Republik ist."

Konsequenterweise war die polnische Verzichtserklärung auch an die Regierung der DDR gerichtet worden. Im Text aber wird die DDR nicht ausdrücklich genannt:

"Mit Rücksicht darauf, daß Deutschland seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Reparationen bereits in bedeutendem Maße nähergekommen ist und

daß die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands im Interesse seiner friedlichen Entwicklung liegt, hat die Regierung der Volksrepublik Polen den Beschluß gefaßt, mit Wirkung vom 1. Januar 1954 auf die Zahlung von Reparationen an Polen zu verzichten, um damit einen weiteren Beitrag zur Lösung der deutschen Frage im Geiste der Demokratie und des Friedens, in Übereinstimmung mit den Interessen des polnischen Volkes und aller friedliebenden Völker zu leisten.

Die Regierung der Volksrepublik Polen teilt voll und ganz die Überzeugung der Regierung der UdSSR, daß die gefaßten Beschlüsse dem deutschen Volk in großem Maße helfen werden, nicht nur seine Wirtschaft zu festigen, sondern auch die Voraussetzungen zu schaffen, die für die Wiederherstellung seiner Einheit und die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen deutschen Staates, an der das polnische Volk ein lebenswichtiges Interesse hat, unerlässlich sind."

So weit der Originaltext, mit der Begründung, warum Polen bereit war,

zum Schaden der eigenen Bevölkerung zu verzichten und weitere Opfer auf sich zu nehmen.

Daß Kohl von Polen heute noch fordert, auf Reparationsansprüche zu verzichten, zeigt, daß er die Erklärung besser verstanden hat, als manche dachten. Im Gegensatz zu anderen Politikern, die empört über die "Überflüssige" und "unsinnige" Forderung von Kohl waren (denn erstens wird sowieso nichts bezahlt und zweitens hat Polen gegenüber ganz Deutschland verzichtet), hat auch Dregger die Erklärung Polens richtig gelesen. Deshalb fordert er mit Kohl Polen auf, daß es "seinen Reparationsverzicht, den es gegenüber der DDR erklärt habe, auf ganz Deutschland ausdehne und gegebenenfalls völkerrechtlich verbindlich mache..." (lt. SZ v.6.3.90).

Unter einem wiedervereinigten Deutschland, auf das sich Kohl bei seiner Forderung jetzt frech beruft, haben sich die VR Polen und die UdSSR damals 1953 allerdings etwas anderes vorgestellt, als das jetzt drohende 4. Reich.

Wo befindet sich die polnische Westgrenze?

Entlang den Flüssen Oder und Neiße! Oder? - Am 6.3.90 gaben die Bonner Koalitionsparteien eine vielbeachtete Erklärung ab, um endlich die leidige Diskussion um die polnische Westgrenze aus der Welt zu schaffen. Der Kernsatz dieser Erklärung lautet: "Das polnische Volk soll wissen, daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird." Kein Wort wird über die geographische Lage dieser Grenzen verloren. Wenn man wie der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Herzog davon ausgeht, daß das deutsche Reich in den Grenzen von 1937 weiterbesteht, ist es freilich Unfug, Ansprüche an Gebiete zu stellen, die einem sowieso gehören.

Während der bundesdeutsche Blät-

terwald die Erklärung mißversteht und als eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze interpretiert, haben zwei richtig zugehört: Der Bund der "Vertriebenen" und Neubauer, rechte Hand Schönhubers. Auf einer Veranstaltung Anfang März in Coburg tröstete er seine Parteigenossen damit, daß der Erklärung des Bundestages die Definition fehle: "Die anderen glauben, es ginge um die Oder-Neiße-Linie."

- Inzwischen kündigte die Bonner Regierung eine neue unzweifelhafte Formulierung an, mit der auch die SPD leben könnte. Man darf gespannt sein. Auch will man der Forderung des polnischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki Rechnung tragen, der die Grenzgarantie in der Verfassung eines vereinten Deutschlands aufgenommen

sehen will. Das soll so aussehen: Im berühmten Artikel 23 des Grundgesetzes heißt es: "Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiet der Länder Baden, Bayern... In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen." Dieser letzte Satz soll gestrichen und damit die Westgrenze Polens garantiert sein, weil dann künftige Beitritte oder Anschlüsse von "anderen Teilen Deutschlands" (z.B. in Polen) nicht mehr möglich sein sollen. Daß eine solche Lösung keine Garantie darstellt, sondern der späteren Auslegung durch zu allem fähige Verfassungsrichter breiten Raum läßt, ist sicher nicht unbeabsichtigt. Die Ängste der polnischen Bevölkerung sind damit alles andere als beseitigt.

Inzwischen sammeln sich die "Vertriebenen" in dem Grenzstädtchen Görlitz, blicken über die Neiße, gründen einen "mitteldeutschen Vertriebenen-Verband", fordert Hupka weiter die Revision der polnischen Westgrenze, gründet sich ein Kreisverband der REPs mit dem Namen "Landesverband Schlesien".....

Die Ungleichheit

Nachdem Zimmermann mit seinem Ausländeraussonderungs-Entwurf gescheitert und jetzt für das Rasen auf den Autobahnen zuständig ist, hat sein Nachfolger Schäuble in aller Eile seinen Entwurf für ein neues Ausländergesetz durch den Bundestag gebracht. Möglichst unter Ausschluß der Öffentlichkeit, die sich ganz dem deutsch-nationalen Taumel hingeben soll, will Schäuble noch im Mai den Entwurf im Schnellverfahren durch den Bundesrat peitschen und vor der Sommerpause Gesetz werden lassen. "Welt-offen" und "liberal" soll das neue Gesetz laut Schäuble sein, doch was da geltendes Recht wird, bedeutet - versehen mit ein paar kosmetischen Pflästerchen - im Kern dasselbe wie der zum Teil sogar wortgleich übernommene Zimmermannentwurf: eine Sonderbehandlung von 4,5 Millionen in der BRD lebenden Ausländern, die sich im Vergleich zum bisher gültigen Ausländergesetz noch wesentlich verschärfen soll. Ganz in der Tradition der nationalsozialistischen Polizeiverordnung von 1938 hat Schäuble ein Sondergesetz für einen Teil der Bevölkerung geschaffen, mit dem dieser entrechtet wird: Allein wegen ihres 'Nicht-Deutschseins' werden die Ausländer Sondergesetzen unterworfen, die sie zu Bürgern 2. und 3. Klasse machen, werden ihnen Bürgerrechte vorenthalten. "Ausländer sind hinsichtlich der Einreise und des Aufenthalts im Bundesgebiet Deutschen weder nach dem Grundgesetz noch nach dem Völkerrecht gleichgestellt." (Begründung des Entwurfs - in der Folge als "B" bezeichnet -, S. 6). Die mehr als 100 Paragraphen des Entwurfs, dessen Begriffswirrwarr (Aufenthaltsurlaubnis, -bewilligung, -befugnis, -verfestigung etc.) kaum für die Experten des Ausländerrechts, geschweige denn für die Betroffenen selbst verständlich ist, werden zu einer Wissenschaft der Einreisehürden, der Entrechtung während des Aufenthalts in der BRD und schließlich der Ausweisung.

'Nichtdeutsche' als Störpotential: die Einreise wird zum Gnadenakt

"Das Boot ist voll", heißt es - für diejenigen, die sich vor Folter, Hunger und Tod darauf retten wollen, soll es keinen Platz mehr geben. 1988 gewährte die BRD 31666, d.h. 0,2 % der 15 Millionen Flüchtlingen aus der 3. Welt Zuflucht. Und selbst das soll zuviel sein. Zur gleichen Zeit wird der 'deutsche Bruder' mit Begrüßungsgeld willkommen geheißen, alles schwärmt vom Niederreißen der Mauern und Grenzen und für den Aus-, Über-, Umsiedler wird Platz gemacht auf dem Boot. Zum Kriterium für die Einreisewürdigkeit wird damit nicht einmal die gemeinsame Sprache und Kultur - mancher Aussiedler aus der Sowjetunion, der sofort Wohnung und Arbeit hier bekommt (allerdings auch nur so lange das politisch nützlich ist), spricht schlechter deutsch als der türkische Staatsangehörige, der hinausgeworfen wird. Was zählt, ist die 'deutsche' Herkunft, das 'deutsche' Gen! Es geht hier keineswegs darum, nach Art christlicher Politiker, Aus-, Um-, Übersiedler gegen Ausländer auszuspielen, sondern um die Ungeheuerlichkeit, daß Menschen allein aufgrund ihres 'Nicht-Deutschseins' in diesem Land als Störpotential gelten und ihnen die Einreise verwehrt werden kann.

Einem Großteil der Einreisewilligen wird es nicht einmal mehr gelingen, die bundesdeutsche Grenze zu erreichen. Schäuble führt die Visumspflicht auch für Jugendliche unter 16 Jahren ein. Sollten es Eltern in einem Kriegsgebiet schaffen, sich bis zur deutschen Botschaft durchzuschlagen und ein Visum für ihr Kind zu beantragen, um wenigstens dieses zu retten (wie es Eltern z.B. in Sri Lanka versuchten), so kann der Antrag in Zukunft ohne jede Begründung mündlich abgelehnt werden; ein Widerspruch ist ausge-

schlossen. Fluggesellschaften werden durch Androhung hoher Bußgelder dazu verpflichtet, Pässe einzusammeln und dem Bundesgrenzschutz zu übergeben bzw. Ausländer ohne Visum gar nicht zu befördern. Das diese Übertragung polizeihoeitlicher Aufgaben an Transportfirmen ein Bruch rechtsstaatlicher Prinzipien ist, scheint nicht zu stören.

Wer es schafft, an die BRD-Grenze zu kommen, kann zurückgewiesen werden, wenn ein Verdacht(!) besteht, daß er nicht zum angegebenen Zweck, z.B. als Tourist einreist oder wenn ein Ausweisungsgrund vorliegen könnte. Wenn also der Grenzbeamte den Ausländer für verdächtig hält, in Zukunft (!) Sozialhilfeempfänger zu werden oder eine Ordnungswidrigkeit oberhalb des Falschparkens zu begehen (siehe Ausweisungsgründe), kann er ihm die Einreise verwehren. Im neuen Gesetz heißt es sogar, daß ein Aufenthalt versagt werden kann, "auch wenn die Anwesenheit des einzelnen Ausländers öffentliche Interessen nicht beeinträchtigt." (B S. 38) Der Grenzpolizist wird zum Schnellrichter - ganz so, wie Schönhuber es seit langem fordert. Eine solche Abweisung auf Verdacht widerspricht klar dem Rechtsverständnis des Grundgesetzes und macht die Einreise zum Akt der reinen Willkür.

Das Rotationsprinzip: 'Nichtdeutsche' als Arbeitssklaven

Die Einreise als Gnadenakt heißt nicht, daß in Zukunft prinzipiell möglichst wenige Ausländer ins Land gelassen werden sollen. Wirtschaft und Regierung gehen schließlich davon aus, daß in den nächsten Jahren wieder mehr Arbeitskräfte auch aus Nicht-EG-Staaten gebraucht werden. Sie wollen sich nur offen halten, wer, wann und für wie lange - ganz nach dem Bedarf der Wirtschaft - hier schuften

vor dem Gesetz

darf. Man behält sich vor, das geeignete 'Menschenmaterial' auszusortieren durch eine "Beschränkung des Zugangs, die nach Berufs-, Beschäftigungs- und Personengruppen differenziert werden kann" (B S. 40). Das Gesetz sieht außerdem "die Beschränkung und den Ausschluß einer Aufenthaltsverfestigung" vor, d.h. neu einreisende Ausländer sollen in Zukunft nur mehr eine Aufenthaltsbewilligung bekommen, die alle 2 Jahre verlängert werden kann. Bei "Erfüllung des Aufenthaltszwecks", d.h. wenn sich der ausländische Arbeiter 'amortisiert' hat, noch rechtzeitig bevor er kaputt gearbeitet ist und sich nicht mehr lohnt, kann sein Antrag auf Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung "jederzeit" abgelehnt werden. Er kann auch noch nach 10 Jahren Aufenthalt in der BRD rausgeworfen werden, ohne daß er auch nur eine Einspruchsmöglichkeit dagegen hätte. Im Klartext bedeutet dies die Einführung der modernen Arbeitssklaven aus dem Ausland, die, wie die schwarzen Wanderarbeiter im südafrikanischen Rassistenregime ohne Rechtssicherheit arbeiten sollen, solange sie unverbraucht sind und dann gegen frisches 'Arbeitsmaterial' ausgetauscht werden können.

Ohne 'Deutschsein' keine Rechte

Auf eine 'Aufenthaltsverfestigung' d.h. auf einen einigermaßen gesicherten Aufenthalt und die nur damit mögliche Lebensplanung können nach dem Schäublegesetz neu einreisende Ausländer nicht mehr hoffen. Das von verschiedenen bundesdeutschen Politikern gerühmte großzügige 'Integrationsangebot' an die Ausländer gilt, wenn überhaupt, nur für die im Zimmermann'schen Sprachgebrauch so bezeichneten "Altlasten", d.h. diejenigen ausländischen Arbeitnehmer, die zum Teil schon seit Jahrzehnten in

der BRD arbeiten und nicht mehr so einfach "rückführbar" (Zimmermann) sind. Die Zweiteilung der ausländischen Menschen in Zimmermanns Doppelgesetzentwurf (Ausländerintegrationsgesetz für die schon lange Ansässigen und Ausländeraufenthaltsgesetz für die Neueinreisenden) wird von Schäuble in integrierter Form wieder aufgenommen. In den Genuß einer "Erwartungssicherheit" werden nur die hauptsächlich in den 70iger Jahren angeworbenen Ausländer kommen, bei denen es sich "historisch um einen in diesem Umfang einmaligen, das heißt endlichen Vorgang handelt". (B S. 5) Voraussetzung ist, daß sie ein ungekündigtes und unbefristetes Arbeitsverhältnis nachweisen können (was bei dem derzeitigen, durch das Beschäftigungsförderungsgesetz von 1985 geförderten Boom befristeter Arbeitsverhältnisse zunehmend schwieriger werden dürfte), über ausreichenden Wohnraum verfügen (eine oft unüberwindbare Hürde bei der sich ständig verschlimmernden Wohnungsnot), daß sie sich brav und unauffällig verhalten und auf jede unliebsame politische Betätigung verzichten. Nur dann werden ihnen ein paar Verbesserungen gegenüber dem bisher gültigen Ausländergesetz gewährt, wie die Einräumung von Rechtsansprüchen, ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Ehegatten und Kinder oder die Wiederkehrproption für junge Ausländer - noch weit entfernt von der Gewährung der elementarsten demokratischen Rechte. Dafür ist das 'Deutschwerden' Bedingung. Eine Doppelstaatsangehörigkeit ist nicht vorgesehen; sie wäre hinderlich bei der "Hinführung zur Loyalität zu unserem Staat" (B S. 21). Die Einbürgerung soll abhängig gemacht werden vom Verzicht des Ausländers auf die Staatsbürgerrechte in seinem Heimatland. Im übrigen bittet der BRD-Staat die Ausländer fürs 'Deutschwerden' auch kräftig zur Kasse: Allein für eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis muß z.B. ein Ehepaar bis zu 1200 DM bezahlen und

für eine Einbürgerung leicht das Zehnfache! Wer nicht bereit ist, die Brücken hinter sich abubrechen, soll hier auch nichts zu sagen haben. Während selbst jahrzehntelang in der BRD lebenden Ausländern das Wahlrecht vorenthalten wird, wenn sie nicht eingebürgert und damit aus ihrem Heimatland ausgebürgert sind, durften z.B. in einer bayerischen Gemeinde nur ganz kurzfristig anwesende Gäste an der Kommunalwahl teilnehmen und das Wahlergebnis der Gemeinde "ganz entscheidend beeinflussen" (SZ, 4.4.90), weil sie keine Ausländer, sondern 'deutsche' Spätaussiedler sind. Sollen also wieder diejenigen, die hier arbeiten und leben keine Bürgerrechte haben, wenn sie nicht das rechte Blut haben?

Das Recht auf politische Betätigung - eine Forderung nur für Osteuropa?

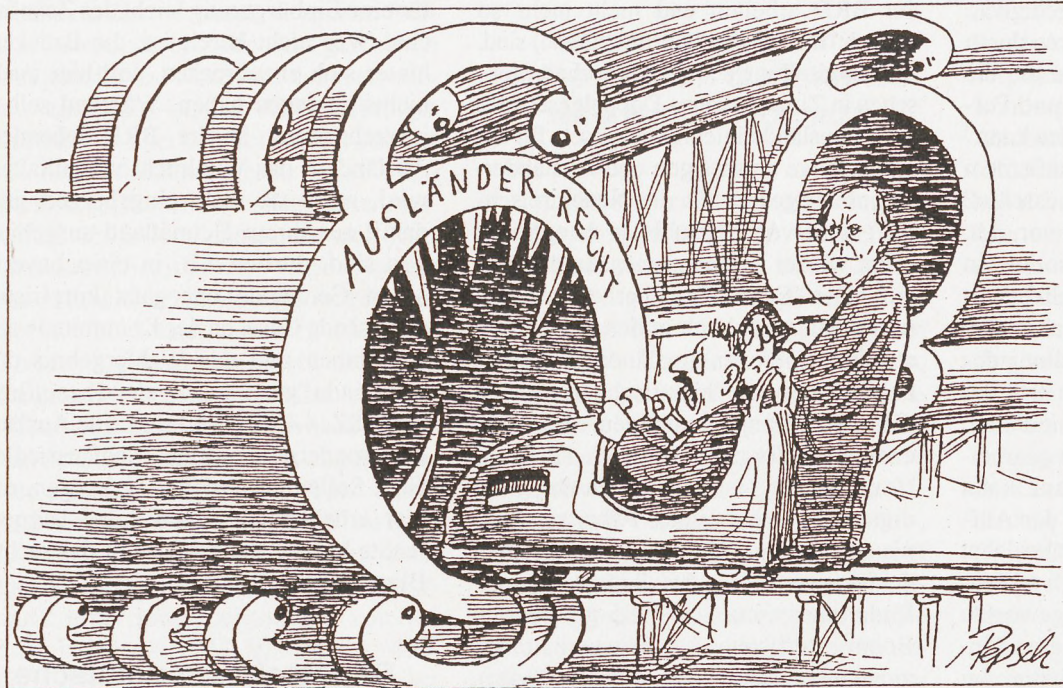
Wer als Ausländer solches Gesetz 'rassistisch' nennt oder gar dagegen auf die Straße geht, über dem soll in Zukunft ständig das Damoklesschwert der Ausweisung schweben. In einer Zeit, in der hiesige Politiker lautstark und mit Drohungen verbunden das Recht auf freie Meinungsäußerung und politische Betätigung im Osten fordern, werden im eigenen Land die Menschen nichtdeutscher Herkunft politisch entrechtet. Nach dem Schäublegesetz, der sich hier besonders eng an Zimmermanns Vorgabe anlehnt, werden sich überhaupt nur die Ausländer "unter Wahrung der Interessen der Bundesrepublik" (§ 36 I) politisch betätigen dürfen, die rechtmäßig ihren "gewöhnlichen Aufenthalt" im Bundesgebiet haben. Da auch nach Rechtsprechung des Bundessozialgerichtes Asylbewerber keinen "gewöhnlichen Aufenthalt" im Bundesgebiet haben, ist ihnen die politische Betätigung von vornherein unter-

sagt. Das heißt, daß selbst Informationsveranstaltungen, auf denen Flüchtlinge über die Lage in ihren Heimatländern berichten, nicht mehr möglich wären: ein Maulkorb für die Flüchtlinge und eine Informationssperre für uns. Die Länder der sogenannten "3. Welt" sollen uns allenfalls als Lieferanten von Sonne, Strand und vielleicht ein bißchen alter Kultur

gesetzt werden können. Damit auch jeder Protest im Keim erstickt werden kann, haben sich die Schäubles auch noch folgenden Willkürparagrafen ausgedacht: Es können "insbesondere schriftliche und mündliche (!) Meinungsäußerungen politischen Inhalts, die Mitgliedschaft in bestimmten (?) Vereinen oder sonstigen Vereinigungen (?) und die Teilnahme an

und sonstige (!) Erkenntnisse über Ausländer mitzuteilen". (§ 76) Der Datenschutz - und damit ein weiteres Recht - soll für Ausländer aufgehoben werden.

Im Ausländerzentralregister sind bereits jetzt Daten von mehr als 10 Millionen gespeichert, z.B. auch von bereits in ihre Heimatländer zurückgekehrten Ausländern.



Schäubles Abschreckungs-Kurs

SZ-Zeichnung: Pepsch Gottscheber

Wer nicht spurt, fliegt raus!

"Die Vorschriften über die Aufenthaltsverfestigung sind wesentlich strikter gefaßt", heißt es schon in der Begründung zum Entwurf (S. 10). Nicht nur, wer nicht mundtot zu machen ist, fliegt raus, sondern auch wer obdachlos ist. Hat der Ausländer eine Wohnung, so wird ihm vorgeworfen, er nehme sie den Deutschen weg und sei an der Wohnungsmisere schuld; hat er keine, so wird er mit Ausweisung bestraft. Es genügt auch nicht irgendeine, sondern eine Wohnung ganz bestimmter Größe muß es sein. Damit widersetzt sich die BRD klar einer Entscheidung des europäischen Gerichtshofs vom Mai 1989,

nach der Ausweisungen aufgrund ungenügenden Wohnraums gegen europäisches Recht verstoßen.

Auch wer als Ausländer das Pech hat, länger arbeitslos zu sein - bekanntlich kein seltener Fall - und Sozialhilfeleistungen beanspruchen muß, fliegt raus. Während bislang 'nur' der Bezug von Sozialhilfe Ausweisungsgrund ist, gilt künftig auch die Inanspruchnahme von anderen Leistungen zum Unterhalt, etwa Krankenhilfe, für eine Ausweisung (§ 44 I Nr. 7). Wer krank wird, kann rausgeworfen werden, wenn er entweder Sozialhilfeleistungen bezieht oder die öffentliche Gesundheit gefährdet (§ 44 I Nr. 5). Das tut er nach dem Bundesseuchengesetz bereits dann, wenn er TBC hat.

Grund für die Ausweisung kann außerdem jedes Delikt oberhalb des Falschparkens sein. Diese (und andere, hier aus Platzgründen nicht erwähnte) Auswei-

interessieren, über die Mitschuld der BRD an Elend und Krieg sollen wir möglichst nichts erfahren.

Allen Ausländern, auch denen, die im Genuß einer 'Aufenthaltsverfestigung' gekommen sind, kann nach dem neuen Gesetz die politische Betätigung eingeschränkt oder untersagt werden, "wenn sie den außenpolitischen Interessen der BRD zuwiderlaufen kann" (!) (§ 36 I 2). Wenn einer der Freunde aus dem Ausland - die gibt es ja auch, wie z.B. General Evren, der Chef des faschistischen Regimes in der Türkei - der BRD einen freundschaftlichen Besuch abstattet, dann können Ausländer unter Hausarrest gestellt oder ihnen "ein anderer Aufenthaltsort im Bundesgebiet zugewiesen werden" (§ 36), damit der Freund nicht durch Kritik gestört wird. Dies bedeutet, daß Grundrechte wie Meinungsfreiheit, das Versammlungsrecht, Freizügigkeit oder die Unverletzlichkeit der Wohnung außer Kraft

Versammlungen oder sonstigen Veranstaltungen (?) untersagt werden." (§ 36 II; Ausrufe- und Fragezeichen vom Verfasser). Wenn es den "Interessen der Bundesrepublik" nicht paßt, können die Ausländer sich nicht mehr an Demonstrationen beteiligen, auf Kundgebungen nicht mehr sprechen. Sie müssen schon befürchten, daß jedes kritische Wort, das sie äußern, ihre Existenz bedroht. Bei wiederholtem, d.h. mehr als einmaligem Verstoß gegen das Verbot oder die Beschränkung einer nicht näher definierten politischen Betätigung können sie schon ausgewiesen werden (§ 45). Für die ständige Kontrolle und Bspitzelung bieten die § 75 bis 78 des Schäublegesetzes die Grundlage: alle Behörden, wie z.B. auch Sozial- und Jugendämter und 'öffentlichen Stellen' (gehören dazu z.B. Beratungsstellen?) haben "ohne Ersuchen (!) den Ausländerbehörden personenbezogene Informationen von Ausländern ...

sungsgründe betreffen übrigens auch die Ausländer mit "verfestigtem Aufenthaltsstatus". Selbst, wenn es dem Ausländer gelingt, weder arbeits- noch obdachlos, noch krank zu werden und auch nicht mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen, so kann man ihn bei Bedarf doch noch loswerden. Es soll ja noch die Möglichkeit geben, seinen Aufenthalt hier zu beenden, wenn er "aus einem sonstigen (?) Grunde Interessen der Bundesrepublik beeinträchtigt oder gefährdet" (§ 43). Mit dem Hinzufügen der "Gefährdung" geht das Schäuble-gesetz in der Willkür sogar noch weiter als der Zimmermannentwurf.

Die Ausländerbehörde hat nur die Pflicht, Umstände zu ermitteln, die gegen den Aufenthalt des Ausländers in der BRD sprechen. Alle Beweise zugunsten des Ausländers, z.B. Beweise für ein Abschiebehindernis, wie drohende Folter im Heimatland muß er selbst erbringen - mit einer Frist von "in der Regel längstens 4 Wochen". Der § 70 soll die 'Amtsermittlungspflicht' einschränken und die 'Darlegungslast' auf den Ausländer verlegen - aber nur dann, wenn es um Umstände geht, die für ihn günstig sein könnten. Der Ausländer hat also erst mal selbst zu beweisen, daß er nicht der Schmarotzer und Störer ist, als der er vom Gesetzgeber und seiner Propaganda dargestellt wird.

Spaltung als Ziel - es geht gegen Aus- und Inländer

Ganz nach der Devise von Christlich-Sozialen und Republikanern, nach der wir nicht zulassen dürfen, "daß Aussiedler und Übersiedler und Ausländer und Asylbewerber miteinander vermischt und vermengt werden", (Schäuble auf dem 37. Bundesparteitag der CDU Ende vergangenen Jahres), geht das Gesetz aus von der Ungleichheit von Menschen 'deutscher' Herkunft und allen jenen

anderen, die nicht das zweifelhafte Glück des 'Deutschseins' haben.

Elementare Grundrechte, wie sie im Grundgesetz für alle Menschen verbürgt sind (Art. 3: Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft ... benachteiligt oder

springen, werden auch mehr Druck auf die deutschen Arbeiter ausüben können. Wenn die mehr als 1,5 Millionen ausländischen Kollegen, die bisher in vielen Betrieben zu den aktivsten Gewerkschaftern gehörten und bei Streiks und Demonstrationen oft an vorderster Front kämpften, sich aus Angst vor Auswei-



bevorzugt werden), gelten nicht für Ausländer.

Die rassistische Propaganda will uns weismachen, es gäbe höhere und niedere Menschen, und ein Gesetz wie das von Schäuble liefert die Paragraphen für die entsprechende Behandlung und Entrechtung der 'Untermenschen' und macht die Ungleichheit zum Gesetz. Deutsche sollen sich an Ausländer als rechtlose Arbeitssklaven gewöhnen, die, sobald sie ihren Zweck erfüllt haben, unerwünscht sind. Dies hat darüber hinaus den Effekt, daß die "Ausländerfeindlichkeit" so verinnerlicht wird, daß man sie als natürlichen Charakterzug ansieht. Doch wer meint, er hätte als 'Deutscher' etwas davon, wenn 'Nicht-Deutsche' hier entrechtet und gedemütigt werden und nichts dagegen tut, der wird bald merken müssen, daß er selbst der Verlierer ist. Bossen, denen erlaubt wird, mit den ausländischen Arbeitern nach Belieben umzu-

sung nicht einmal mehr trauen, den Mund aufzumachen, dann wird es auch für ihre deutschen Kollegen immer schwerer, ihre Forderungen durchzusetzen.

Und auch Wohnungsspekulanten werden sich noch frecher Schikanen erlauben können. Ein Ausländer darf ja, um die Ausweisung nicht zu riskieren, gar kein Wohnungsproblem zugeben und wird sich hüten, zusammen mit den deutschen Opfern der Miethaie gegen diese vorzugehen. Die deutlichste Lektion, daß die 'deutschen' Interessen, für die sich Millionen Deutsche gegen andere Völker bis in den Krieg hetzen und abschlachten ließen, die der Herrschenden und ganz und gar nicht die unseren sind, sollten uns die zwei Weltkriege gelehrt haben. Gerade zu Zeiten, in denen wieder soviel und so laut von großdeutschen Vorhaben die Rede ist, dürfen wir nicht vergessen, wer die Gewinner und wer die Verlierer des Rassismus sind.

Wenn wir uns heute nicht wehren, werden wir morgen so leben wie vorgestern!

So lautete eine Transparentaufschrift bei der Demonstration in Memmingen gegen den Theißen-Prozeß 1988. In Bayern und Baden-Württemberg können Frauen bereits spüren, daß es immer schneller in Richtung Gestern geht. Im März dieses Jahres hat nun die CSU in Bayern - Baden-Württemberg hat sich inzwischen angeschlossen - beim Bundesverfassungsgericht eine Normenkontrollklage gegen den § 218 eingereicht. Diesmal geht es nicht nur darum, daß die Krankenkassenfinanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen bei sozialen Indikationen abgeschafft wird, sondern auch, ob die Regelungen des Indikations- und Beratungsverfahrens nach § 218b und § 219 StGB mit dem Grundgesetz vereinbar sind. "Dem Schutz des ungeborenen Lebens als Rechtsgut mit höchstem Verfassungsrang soll wieder Geltung verschafft werden", sei dabei laut bayrischer Staatskanzlei die Intention. Für die Staatsregierung genügen die bisherigen Vorschriften in keiner Weise den verfassungsrechtlichen Anforderungen an den Schutz des ungeborenen Lebens. Von den jährlich bundesweit geschätzten 200.000 bis 300.000 Abbrüchen stützen sich ca. 87 % auf eine soziale Indikation. Die bayerische Staatskanzlei meint dazu nur, es sei nicht vorstellbar, "daß eine derart hohe Zahl von Abtreibungen in einem Land wie der BRD mit einem vorbildlichen sozialen Netz mit einer Notlage begründet werden kann".

Im Memminger Prozeß haben das die Richter geradezu vorexerziert, was denn nun tatsächlich eine Notlage sei. Sie verurteilten nach 8 Monaten und 62 Tagen Verhandlungsdauer 140 Frauen und 15 Männer. Geldstrafen zwischen 900 und 3.200 DM wurden verhängt. Für den Arzt endete das Verfahren vorläufig mit zweieinhalb Jahren Gefängnis ohne Bewährung. Die Richter ließen per Ermittlungsrichter, Polizei und Staatsanwaltschaften Befragungen zu intimsten Details des Privatlebens bei allen verdächtigen Personen durchführen, die sie aus der widerrechtlich beschlagnahmten Patientinnenkartei von Dr. Theissen entnahmen. Das Ganze ist ein Exempel ohnegleichen.

Die Klage, der Prozeß von Memmingen und auch die Situation von ungewollt schwangeren Frauen, die in Bayern oder Baden-Württemberg leben, sind keine Zufallsdelikte der CDU/CSU. Sie haben Geschichte und Ziele. Daß es nicht nur darum geht, Frauen in ihrem Selbstbestimmungsrecht zu beschneiden, wurde bereits in einer früheren Ausgabe des DID (Nr.70, Herbst 1988) dargestellt. Heute soll es um die Kontinuität gehen, mit der die Herrschenden am § 218 herummodeln.

Rückblickend muß man sagen, daß es in der Bundesrepublik bzw. in Deutschland seit 1871 im StGB einen § 218 gibt und die Frau nie ein Recht auf Schwangerschaftsabbruch hatte. Das heute propa-

gierte Abtreibungs- und Verhütungsverbot der katholischen Kirche geht sogar noch weiter zurück, auf die Enzyklika "humanae vitae" aus dem 16. Jahrh. (1566). In dieser Zeit erhob der Staat auch schon Anspruch auf "seine" Kinder, indem er durch eine städtische Hebammenverordnung die bisher frei praktizierenden Hebammen unter Polizeiaufsicht stellte. Sie wurden verpflichtet, jede Geburt und Fehlgeburt zu melden.

Anfang dieses Jahrhunderts wurden Frauen mit Zuchthaus bestraft, wenn sie einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen ließen. Es gab nur Straffreiheit bei medizinischer Indikation. In den 20er Jahren wäre es beinahe geglückt, den §218 zu streichen, die KPD hatte schon mehrmals Entwürfe dazu vorgelegt, aber die SPD machte nicht mit. Nach dem Faschismus (siehe hierzu DID Nr.70) kam in den § 218 erst 1959 und dann mit dem Conterganskandal 1969/70 wieder Bewegung. 1959 schlug die große Strafrechtskommission auch Straffreiheit bei Abbruch nach einer Vergewaltigung vor, und 1970 tauchte dann das erste Mal das Wort von der "kindlichen Indikation" auf. Pränatale Diagnostik und die vielumstrittenen Humangenetischen Beratungsstellen entstanden. (Pränatale Diagnostik heißt Untersuchung der Embryonen auf genetische Schäden, z.B. Mongolismus.) Den Frauen wird wieder gesagt, welche Kinder sie bekommen sollen und welche nicht. Wenn auch unter

WEG MIT DEM § 218!

Die Würde des Menschen ist
unantastbar



Das Original dieses Plakates wurde in den 70er Jahren beschlagnahmt

anderem Namen wird damit die Unterscheidung von "wertem" und "unwertem" Leben wieder zum juristischen Fakt. Schwangerschaften, bei denen die Gefahr besteht, daß das Kind unter solchen Schäden leidet, dürfen über die zwanzigste Schwangerschaftswoche hinaus legal abgebrochen werden. Ob Frauen hierzu lande vor Gericht gestellt werden, ist vom "Wert" der abgebrochenen Schwangerschaften abhängig - die Eugenik läßt grüßen.

Der Regierungswechsel 1972 machte Hoffnung, daß es jetzt endlich glücken könnte, die verhaßte Vorschrift loszuwerden. Von Streichung wollte aber auch die SPD nichts wissen. Zwar ging im April 1974 eine geänderte Fassung durch die drei Lesungen im Bundestag, welche einen straffreien Abbruch innerhalb der ersten drei Monate der Schwangerschaft

ermöglichte. Aber ein Recht für die Frau auf Abbruch bestand auch jetzt nicht. Jedoch sollte selbst diese Regelung nicht in Kraft treten. Die CDU legte Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht ein, und 1975 wurde die Fristenregelung für nicht verfassungsgemäß erklärt, denn ab "14. Tag der Schwangerschaft sei der Embryo werdendes Leben", das schützenswertes Gut im Sinne des Artikel 2 Grundgesetz sei. 1976 kam dann schließlich der "reformierte" § 218 heraus mit dem erweiterten Indikationsmodell - der sozialen Indikation - inklusive Zwangsberatung. Frau Däubler-Gemelin, Mitglied des Parteivorstandes der SPD, war sich nicht zu schade, auf Protestveranstaltungen zu Memmingen Hochglanz-Jubel-Broschüren verteilen zu lassen, in denen der jetzt gültige § 218 als tolles Reformwerk gefeiert wird.

Auf dieses Werk gingen die CSU/CDU inklusive ihrer Lebensschützer seitdem mit allen Mitteln los. Forderungen nach Verbot der sozialen Indikation und verfassungsrechtlicher Überprüfung wurden laut. 1981 machte schließlich eine Redakteurin der "Bild-Post" (ein auflagenstarkes katholisches Kirchenblatt) den Anfang. Sie klagte beim Düsseldorfer Sozialgericht gegen die Krankenkassenfinanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen, die nicht medizinisch indiziert sind. Tatsächlich legte das Sozialgericht dem Bundesverfassungsgericht die Angelegenheit zur Entscheidung vor, das ganze scheiterte jedoch an verfahrensrechtlichen Gründen. Das BVerG wies die Sache zurück, entschied aber nicht tatsächlich. Zugleich erklärten die Richter schon damals, daß von den Ländern Bayern und Baden-Württemberg eine solche Klage zulässig und durchaus zu erwarten sei. Oh, wie vorausschauend doch diese Herren Richter waren!

Die C-Parteien waren nicht untätig. Geißler richtete eine "interministerielle Arbeitsgruppe zum § 218" ein, welche bereits 1984 einen neuen Beratungsgesetzentwurf vorlegte und auch für die "Mutter und Kind"-Stiftung verantwortlich ist. In diesem Entwurf fordern sie u.a. eine Änderung der Reichsversicherungsordnung, damit Finanzierung von Abbrüchen aufgrund sozialer Indikation keine Regelleistung der gesetzlichen Krankenversicherungen sein sollen. Noch ist es nicht Gesetz, in Baden-Württemberg aber schon gängige Praxis. Dort wurden durch die innerhalb von 10 Jahren dreimal verschärften "Beratungsrichtlinien zum § 218" die meisten Bestimmungen des geplanten Bundesberatungsgesetzes bereits eingeführt. Wie in Bayern gibt es keine ambulante Abbruchserlaubnis, was 1987 vom BVerG für rechtens erklärt worden war. Vielen Kliniken ist der Abbruch aufgrund sozialer Indikation per Kreistags- oder Gemeindebeschluß untersagt. Und in Sachen Krankenkassenfinanzierung machen die Schwaben bereits, was Bayern erst beantragt. Das Landesamt für Besoldung verweigert die Beihilfezahlung bei Abbrüchen aufgrund Notlagenindikationen. Die Beamtinnen müssen also selbst dafür aufkommen. Die Vertreterversammlung der Landwirtschaftlichen Krankenkasse Baden beschloß im Sommer 1989 das gleiche. Daß sie darüber eigentlich gar

keine Entscheidungsbefugnis besaß, bemerkte sogar das Landesaufsichtsamt, welches dies anmahnte. Ein Machtwort von Lothar Späth brachte es zum Schweigen.

In Nürnberg verurteilte die Justiz 1987 einen Nervenarzt, der Gutachten zur sozialen Indikation erstellt hatte, wegen Beihilfe zu unerlaubten Abbrüchen zu einem Jahr Freiheitsstrafe mit Bewährung und 10.000 DM Geldstrafe. 1986 klagte die Regierung Mittelfrankens gegen die Stadt Nürnberg, weil diese eine Ausschreibung für einen Chefarztposten der Frauenklinik mit einem Zusatz versah: "Es wird vorausgesetzt, daß die Ärztinnen/Ärzte bereit sind, Schwangerschaftsabbrüche im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen durchzuführen". 1990 entschied der 3. Senat des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes, daß Nürnberg rechtens gehandelt hatte. Allerdings haben

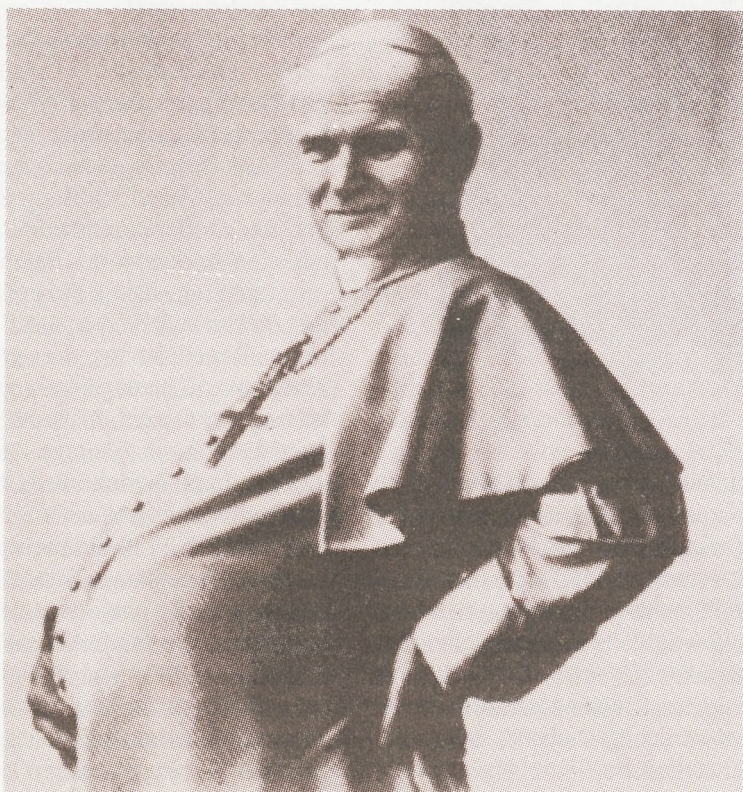
die Richter die Sache zur Revision zugelassen.

Jüngstes Beispiel dafür, wie in Bayern mit der "Rechtssprechung" Politik gemacht wird, war ein Urteil des Bayrischen OLG vom 26. April. Nach der Auffassung des Richters handle es sich bei einer sozialen Notlage nicht um einen "Rechtfertigungsgrund" für einen Schwangerschaftsabbruch, sondern lediglich um einen "Schuldausschließungsgrund", d.h. der Abbruch könne zwar nicht bestraft werden, sei aber trotzdem rechtswidrig. Würde sich diese Auffassung auch bei den Sozialgerichten durchsetzen, dann könnten sich künftig die Krankenkassen weigern, Schwangerschaftsabbrüche zu bezahlen, auch wenn alle gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Eine Einführung in die christlich-demokratischen Methoden beim Abbau von Rechten gibt die von der baden-

württemberger CDU auf ihrem Landesparteitag 1987 beschlossenen Kampagne "zum Schutz des ungeborenen Lebens". Zur Vorbereitung wurde eine Repräsentativ-Untersuchung vom Allensbacher Institut über die "Einstellung zu Kindern und den Schutzansprüchen des ungeborenen Lebens" durchgeführt, die jedoch so mit Suggestivfragen gespickt war, daß sie als Seminararbeit im Studium nicht angenommen würde. Doch für die CDU-Landesregierung wurde sie zur Legitimation ihrer Kampagne und für alle Lebensschützer ein Beweis. Mit 6,2 Mio. Steuergeldern starteten sie die Kampagne. Das bereits geborene Leben war ihnen nicht soviel wert. Im gleichen Jahr, im gleichen Land, strich man die Zuschüsse für Stadtranderholung um 3 Mio. DM, den sozialen Wohnungsbau völlig. Die Zuschüsse für Kindertagesstätten wurden ebenfalls gekürzt. Wofür stattdessen das Geld gebraucht wurde, erklärt der Regierungssprecher Zach: "Das Ziel ist, der in der Bevölkerung weit verbreiteten irrtümlichen Auffassung entgegenzutreten, das Selbstbestimmungsrecht der Frau sei ein höherer Wert als das Lebensrecht des ungeborenen Kindes". Das Justiz- und Sozialministerium gaben zusammen mit der Landesärztekammer eine Informationsschrift für alle ÄrztInnen heraus - Titel: "Zur verfassungs- und gesetzeskonformen Handhabung der Notlagenindikation". Das Kultusministerium spuckte flugs eine Unterrichtshilfe für Lehrer aus, und das Sozialministerium versandte Briefe an alle Apotheken und Arztpraxen mit dem Inhalt, sie sollten auf Frauen, die einen Schwangerschaftstest machten, achten und ihnen gleich die entsprechenden Broschüren geben. Damit auch niemand der Kampagne entwischen konnte, ließen sie in Zeitschriften doppelseitige Anzeigen drucken, Werbetafeln mit rührseligen Bildern und Slogans bekleben - über Wochen hinweg.

Die Liste von Schikanen, die ständig auf dem Mist der CDU/CSU gedeihen, ließe sich noch fortsetzen. Was Frauen in den unionsregierten Bundesländern zu spüren bekommen, soll in Zukunft - über Gesetzentwurf und Klage - bundesweit geltendes Recht werden. Den Frauen wird bald nur noch der illegale Abbruch im Ausland übrig bleiben - und auch nur denen, die sich so etwas leisten können!



**Würden Männer
Kinder kriegen,
wäre die Abtreibung
längst ein Grundrecht !**

Nachrichten aus der Sammlungsbewegung

Westpropaganda vom Steuerzahler finanziert

Wie wir inzwischen erfahren durften, haben die bundesdeutschen Parteien nicht nur in der DDR Wahlkampf gemacht, sondern sich dazu auch aus den Kassen der bundesdeutschen Steuerzahler bedient. 20 Millionen wurden als "Demokratiehilfemaßnahmen" in Waigels Nachtragshaushalt eingebracht. 7,5 Millionen sind an die vier Stiftungen von CSU, CDU, FDP und SPD überwiesen worden, weitere 0,5 Millionen pro Stiftung sind unterwegs. Die einzige Partei, die keine Staatsknete erhielt, war die Partei der Grünen; sie ist nicht eindeutig genug für den Anschluß eingetreten. Überhaupt wurde die ganze Sache erst publik, als die DDR-Wahlen schon längst gelaufen waren. So verhält sich das halt mit der "besten aller Staatsformen, die es je auf deutschem Boden" gab: hinterher kommen die Schweinereien vielleicht raus. (SZ 18.3.90)

Die CSU-Propaganda "Freiheit statt Sozialismus" im Osten neu aufgebrüht.

Eines der Wahlkampfblättchen - im Westen erzeugt, im Osten verteilt - ist der DSU-Kurier vom Februar 90. Im Gegensatz zur CSU wollen wir einige Sätze auch dem westdeutschen Leser zugänglich machen. Die CSU beantwortet in einer speziellen Spalte mutmaßliche Fragen des "demokratieunkundigen" Ostdeutschen:

"Wird die DDR nicht einfach bloß geschluckt von den Monopolen?"

Die Wirtschaftsstruktur der Bundesrepublik Deutschland ist weit vielfältiger als die der DDR. Monopole gibt es in der DDR - in der Sozialen Marktwirtschaft wird gegen Monopolbildung sogar gesetzlich vorgegangen. ..."

"Gibt es einen dritten Weg zwischen

Kapitalismus und Sozialismus?"

Nein. Darüber werden viele müßige Gedankenspiele veranstaltet. Dabei bleiben die Begriffe ungeklärt. Wenn Sozialismus heißt: eine Wirtschaftsordnung ohne Privateigentum an Produktionsmitteln - und Kapitalismus das Gegenteil, dann gibt es keinen dritten Weg. ..."

Wir lernen daraus: Erstens, die CSU weiß genau, worüber sie redet, wenn sie von der Gefahr des Sozialismus spricht, zweitens, auch wenn sie die Unwahrheit spricht, weiß sie genau, daß sie lügt.

Dem Kartellamt ein gesamtdeutsches Schnippchen schlagen

Der deutsche Versicherungsriese Allianz AG, München, hat bereits Verträge mit der staatlichen Versicherungsanstalt der DDR getätigt, um sich einer 49 prozentigen Beteiligung zu versichern. Damit baut die Allianz nicht nur ihre deutsche Vorherrschaft aus, sondern enteignet den Staatsbetrieb schon bevor der DDR-Staat das tut.

Deutschlands Bank Nr.1, die Deutsche Bank schickt sich an, das Geschäft Nr.1 zu machen. Sie will über eine gemeinsame "Tochter" mit der Deutschen Kreditbank 100 von deren 150 Filialen übernehmen. Die Deutsche Kreditbank hält praktisch das gesamte Firmenkundengeschäft der DDR. Die Deutsche Bank, die zwecks Steuerung der Finanzen Einblick in die Geschäfte fast aller großen bundesdeutschen Unternehmen hat, würde dann auch die Planung in den Firmen der DDR übernehmen. Nach Ansicht der Süddeutschen Zeitung ist es ein besonderer Clou, daß die Deutsche Bank nicht alle 150 Filialen übernimmt, so kann sie "viele Problemkredite", die faktisch abgeschrieben werden müssen der Kreditbank und damit dem DDR-Staat überlassen.

Das Kartellamt in Westberlin erklärt sich für die Vorgänge in der DDR nicht

zuständig, und das im Aufbau befindliche Parallelorgan in der DDR hat bereits geäußert, daß es die Grenzen zunächst nicht zu eng ziehen werde. Gerade in den Grauzonen deutsch-deutscher Gesetze und Verwicklungen erwacht der Spürsinn des deutschen Unternehmertums. Falls sich die "Wiedervereinigung" bis ins Jahr 1991 hinziehen sollte, dann nur weil die Grauzonen noch nicht vollständig ausgenutzt worden sind. Potentielle Kandidaten sind die westdeutsche Automobilindustrie, der Springer-Verlag und - nicht zu vergessen - die Siemens AG, die über die DDR-Computerfirma Robotron den gesamten "Ostmarkt" aufrollen will. (Leider ist es uns an dieser Stelle nicht möglich, eine Gesamtliste der Profiteure, Halsabschneider und Aasgeier aufzustellen.)

Gas macht keine so häßlichen Löcher

Bayerns Innenminister Stoiber will CS-Gas nun auch in geschlossenen Räumen einsetzen lassen. Der Kampfstoff CS könne in bestimmten Situationen den Schußwaffengebrauch ersetzen, in der Regel den "finalen Rettungsschuß" entbehrlich machen. (SZ 9.2.90)

CS ist ein Kampfgas, das von den USA im Vietnamkrieg eingesetzt wurde. Es ist durch die Genfer Konvention geächtet. 1988 berichtete "amnesty international" im Zusammenhang mit einem Einsatz gegen eine Demonstration in Israel von zahlreichen Toten. Die Herstellerfirma in den USA bezog dazu Stellung und bezeichnete ihr CS als ein "Unruhe-Kontrollgas", das keinesfalls "in Kirchen oder Krankenhäusern verschossen, sondern nur in Kampfzonen" verwendet werden dürfe.

Pfingsten 1986 hat die bayerische Staatsregierung in Wackersdorf gezeigt, daß sie bereit ist, chemische Waffen, die für den Kriegsfall geächtet sind, im "Frieden" gegen ihre eigene Bevölkerung einzusetzen. Aus Hubschraubern wurden

CS-Gas-Granaten in die Menschenmenge geworfen. Für Stoiber ist es jetzt Zeit, CS-Gas auch in geschlossenen Räumen einzusetzen, das sei eine "absolut notwendige Maßnahme".

Kleine Nachhilfe in Sachen Freiheit

DDR-Innenminister Diestel (DSU) und Bayerns Innenminister Stoiber (CSU) verständigten sich bei ihrem ersten Treffen in Berlin (DDR) - wie kann es anders sein - über den Austausch von Polizisten. Man will eng zusammenarbeiten und schon bald sollen DDR-Polizisten zur "Weiterbildung" nach Bayern kommen. Diestel und Stoiber vereinbarten monatliche Treffen, und so wird auch CS-Gas unseren Brüdern und Schwestern nicht lange vorenthalten bleiben. Stoiber sagte, es sei dringend notwendig, die DDR-Polizisten auf eine neue, veränderte und freie Gesellschaft einzustellen. (SZ 27.4.90)

Zu Hitlers Geburtstag: "Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein"

Zum 101ten Geburtstag von Adolf

Hitler fielen am 24.4.90 etwa 300 jugendliche Faschisten zwecks Randalen in Berlin (DDR) ein. In München waren am gleichen Tag etwa 500 Rechtsradikale im Löwenbräukeller. 250 davon trafen sich am Nachmittag zu einem Marsch auf die Feldherrnhalle. Erst nach einer Stunde wurde der Zug von der Münchner Polizei gestoppt und aufgelöst. (SZ 26.4.90)

Ohne Panik in den Heldentod

Im Herbst letzten Jahres wurde bekannt, daß an Patienten der Münchner Universitäts-Nervenklinik Psychopharmaka getestet wurden, die bei der Bevölkerung im Kriegs- und Katastrophenfall Angstgefühle und Fluchtreaktionen unterdrücken sollen. Dieser Test geschah im Auftrag des Bundesamtes für Zivilschutz, was den Patienten aber nicht mitgeteilt wurde. Die "Freiwilligen" wurden Horror-Videos ausgesetzt, anschließend wurden an ihnen die neuartigen Psychopharmaka getestet.

Bayerische Grüne und SPD sahen darin einen klaren Rechtsverstoß und wollten mit einem Antrag im Landtag derartige Versuche in Zukunft verhin-

dern. Der Antrag scheiterte an der CSU-Mehrheit. Laut SZ vom 26.4.90 hat die CSU die Tatsache begrüßt, daß solche Versuche an der Universitätsklinik durchgeführt werden.

Und ewig droht die bundesweite Ausdehnung

Auf ihrem letzten Treffen forderte die Parteijugend der CSU wieder einmal deren bundesweite Ausdehnung. Der CSU-Generalsekretär Huber hat entsprechende Absichten wieder dementiert und betonte auch die Unabhängigkeit von CSU und DSU.

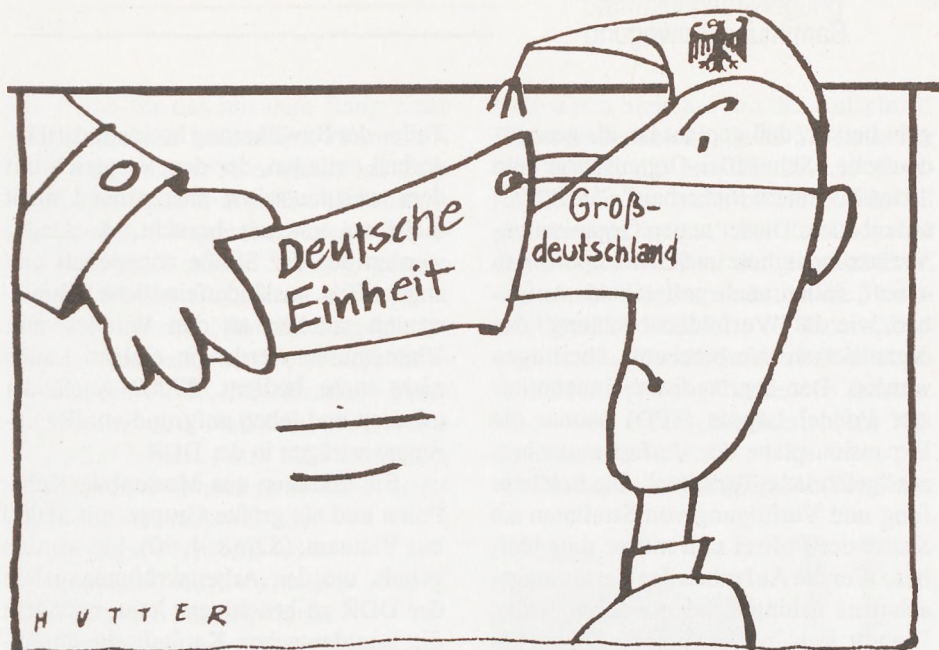
Dessenungeachtet haben ehemalige Mitglieder der CDU und der Republikaner in Kiel einen Bundesverband der DSU gegründet (SZ 19.4.90). Der Mob weiß halt, wo er hingehört.

Ost-Spitzel dürfen nicht...

Der Staatssicherheitsdienst in der DDR war eine Organisation, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln offen oder verdeckt gegen tatsächliche oder vermeintliche Staatsfeinde vorging. Post durchschnüffeln, Telefongespräche abhören, Verdächtige beobachten, Spitzel anwer-

Foto: argum





DEMASKIERUNG..

ben und steuern, mißliebige Personen einschüchtern und schikanieren gehörte zu den normalen Tätigkeiten. Solche Organisationen sind in keinem Land der Welt eine besonders angenehme Sache, trotzdem existieren sie in jedem, einschließlich der sogenannten freiheitlich demokratischen.

Stasi ist in der DDR ein Schimpfwort. Bei manchen war es das schon immer, bei vielen erst seit kurzem. Es gab keine Stasi-KZ und keine Stasi-Massaker, aber das "Ministerium für Staatssicherheit" der DDR muß schon eine ziemlich üble Organisation gewesen sein. Für Hans Klein war sie sogar noch schlimmer als die Waffen-SS, die laut Propagandaminister immerhin eine Kämpfende Truppe war, die glaubte, ihr Vaterland zu verteidigen. Untersuchungsausschüsse überprüfen alle Volkskammer-Abgeordneten auf Zugehörigkeit; als ehemaliger Stasi-Mitarbeiter hat man es in DDR und BRD schwer, einen anständigen Beruf zu ergreifen; davor, daß sie nicht allesamt ins Gefängnis wandern, schützt sie anscheinend nur ihre große Anzahl von einigen Zehntausend. Die Bundesrepublik hat sogar ihr Rentengesetz dahingehend geändert, daß solche Leute von der Rentenversorgung ausgeschlossen werden. Schnell ging das, unkompliziert und nur vereinzelt wurde darauf hingewiesen, daß es doch zumindest ungewöhnlich sei, moralische, politische oder gar strafrechtliche Kriterien in das Rentengesetz einzuführen. Nicht nur ungewöhnlich ist das, früher war es sogar unmöglich. So mußte der Witwe des ehemaligen Vorsitzenden

des Nazi-Volksgeschichtshofes, Freisler, vor ein paar Jahren laut Urteil eines Verwaltungsgerichts auch noch Rentenerhöhung entsprechend dem Rang gewährt werden, den ihr bei einem Bombenangriff gegen Ende des Krieges verblichener Ehemann nach 1945 in der Justizbürokratie innegehabt hätte. Der Fall Freisler war nur einer von vielen, die trotz und oft auch wegen Mitgliedschaft zu NSDAP, SS, richterlicher Tätigkeit im Sinne der Nazi-Justiz usw. ihre teilweise recht üppigen Renten verzehren. Sorry, meinte da mancher liberale Richter, das ganze sei zwar moralisch und politisch etwas unbefriedigend, aber die ehernen Rentengesetze seien nun mal so.

Sammelleidenschaft in der Grauzone

Der Stasi wurde in der DDR also aufgelöst, aber den Ersatz dafür hat sich dieses gebeutelte Land mit der Wiedervereinigung gleich mit eingehandelt. Es sind dies BND, Verfassungsschutz, MAD, V-Leute der Polizei. Diese Organisationen befinden sich keinesfalls in der Auflösung, sondern haben auch während der ganzen "Freiheits" - Euphorie munter weiter gearbeitet. Wie eh und je wurden im Münchner Hauptpostamt Postsäcke von und nach der DDR abgeholt, beim BND durchleuchtet und, Postgeheimnis hin oder her, über Wasserdampf geöffnet, gelesen eventuell kopiert und wieder verschlossen. Es wurden Telefongespräche abgehört, mit Wanzen gearbeitet, "verdächtige Personen" observiert. Das

alles passiert mit und ohne gesetzliche Grundlage, aber weil der Zeitpunkt so günstig ist und die Tagesereignisse ohnehin nur noch aus DDR und Osteuropa zu bestehen scheinen, will das Bundesjustizministerium jetzt in einem "Strafverfahrensänderungsgesetz '89" einiges von dem, was längst gängige Praxis ist, gesetzlich absegnen. Über die Konsequenzen der geplanten Gesetzesänderungen wurde am 17. Januar 90 vor dem "Forum der Strafverteidiger" in Bonn berichtet. Eingeladen hatten der "Deutsche Anwaltverein" (DAV) die "Arbeitsgemeinschaft Strafverteidiger des DAV" sowie alle regionalen Strafverteidigervereinigungen der Bundesrepublik.

Bisher wurde von Seiten der Polizei so verfahren, daß Observationen, der Einsatz von V-Männern, Lauschangriffe etc. als "vorbeugende Bekämpfung von Straftaten" deklariert wurde, was den Vorteil hat, daß solche präventiven Maßnahmen, die per Gesetz zu den Polizeiaufgaben zählen, keiner Genehmigung durch Gerichte oder Staatsanwaltschaft bedürfen. Solche Aktionen bewegten sich aber stets in der juristischen Grauzone. Auch die Sammelleidenschaft der Polizei soll ohne lästige Datenschutzbestimmungen eine solide gesetzliche Grundlage bekommen. Ein Teilnehmer der Veranstaltung, der Bonner Strafrechtsprofessor Gerald Grünwald brachte auf den Nenner, was die Gefahren bei diesem Gesetz sind: "Wir wollen keine Gesellschaft, in der Geheimpolizisten den Bürger ausforschen, in der mit Hilfe von Wanzen und Richtmikrophonen überwacht wird, in der Spitzel und Lockspitzel ihre Tauschgeschäfte mit den Strafverfolgungsbehörden betreiben - auf Kosten der Bürger, bescholtener oder unbescholtener, die aus dem Dunkel heraus denunziert und in Fallen gelockt werden. Und wir wollen keine Ermächtigung der Polizei, sich zwar nicht dem Status des Allmächtigen, wohl aber des Allwissenden so weit wie möglich anzunähern, indem alles, was einmal ermittelt worden ist, verfügbar gehalten wird." (SZ 19. 1. 90)

West-Spitzel wollen nicht in Rente gehen.

Da das Strafprozeßänderungsgesetz bisher im Bundestag nicht vorangekommen ist, versucht das Bundesland Bayern, die Sache in bewährter Manier zu be-

schleunigen: im Alleingang, durch ein neues Polizeiaufgabengesetz, das beinhaltet, "daß Personen, die nach polizeilichem Dafürhalten Straftaten von erheblicher Bedeutung begehen könnten, von der Polizei ebenso beobachtet werden können wie deren Begleitpersonen." (SZ 17. 4. 89). Was mit "Straftaten von erheblicher Bedeutung" gemeint ist, wird im Gesetzentwurf nicht näher definiert. Nach "polizeilichem Dafürhalten" können erhebliche Straftaten vielleicht auch so aussehen: "Gerade im Interesse einer gesunden Liberalität und eines freien Klimas ist es erforderlich, gezielt gegen diejenigen vorzugehen, die hier den Staat madig machen wollen." (taz 27. 4. 90). Diese aufschlußreiche Definition von Polizeiaufgaben stammt von einem, der nach dem Entwurf des neuen Polizeiaufgabengesetzes auch durchaus dafür zuständig ist: Alfred Stümper, Polizeipräsident in Baden-Württemberg, der nach 20 Dienstjahren eigentlich im Juli in Pension gegen sollte, sitzt jetzt auf gepackten Koffern. Er soll dem DDR Innenminister Peter-Michael Diestel (DSU) als Fachberater für Terrorismus und organisierte Kriminalität zur Seite gestellt werden. Auch Heinrich Boge, der jüngst pensionierte Präsident des Bundeskriminalamts kann sich mit Spaziergehen und Taubenfüttern leider nicht abfinden. Auch er wird dem auf diesem Gebiet noch unerfahrenen DDR Innenministerium beratend zur Seite stehen, wenn es darum geht, eine "Terrorismusbekämpfung" nach westlichem Vorbild aufzuziehen. Nach Ansicht Diestels wird die Rentner-Gang in der DDR auch dringend gebraucht: "Wir haben einen Ministerpräsidenten, der fast identische politische Auffassungen mit Ihrem Kanzler hat, also wird für diesen Politiker die gleiche Gefährdung bestehen wie für Ihren Bundeskanzler." Ohne Diestel Angst machen zu wollen, kann man aber auch feststellen, daß er zufälligerweise fast identische politische Auffassungen mit Schäuble hat. Es ist schon ein Elend: Nichts zu sagen zu haben, aber gefährdet sein wie ein Großer. Für ihn und die anderen bleibt nur zu hoffen, daß sich die Terroristen wenigstens vorerst noch an die Originale halten.

Asi statt Stasi?

Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz blickt in die Zukunft. Aus einem internen Protokoll einer Klausurtagung

geht hervor, daß geplant ist, als gesamtdeutsche Schnüffler-Organisation ein "Amt für innere Sicherheit" ("ASI"???) aufzubauen. Dieser neuen Organisation, Verfassungsschutz und Geheimpolizei in einem, sollen auch polizeiliche Aufgaben, wie die "Vorfeldbeobachtung" des organisierten Verbrechens übertragen werden. Der Saarländische Innenminister Friedel Läßle (SPD) nannte die Expansionspläne des Verfassungsschutzes "gefährliche Torheiten". Die Bekämpfung und Verfolgung von Straftaten sei Sache der Polizei und müsse dies bleiben. Wer die Aufgaben des Verfassungsschutzes dahingehend erweitern wolle, "begibt sich in Gefahr, den Schnüfflerstaat hervorzurufen." Läßle kritisierte auch, daß in dem VS-Papier von "der noch nicht endgültig geklärten Grenzfrage" mit Polen die Rede ist.

Die Grenzen der Reisefreiheit

Die Regierung der DDR ist mit der neuen Freizügigkeit etwas zu weit gegangen: Mit der Regierung in Ankara wurde vereinbart, vom 27. 4. 89 den visafreien Verkehr zwischen der DDR und der Türkei einzuführen. Und das, ohne vorher bei Kohl um Erlaubnis zu fragen! Nach heftigen Protesten der Bundesregierung sah sich die DDR jetzt gezwungen, die Türkei zu bitten, die Regelung bis auf weiteres auszusetzen. Und auch die Türkei bekam ihren Anschuß: "Staatssekretär Jürgen Sudhoff vom Auswärtigen Amt hatte noch am Freitag den türkischen Botschafter Resat Arim einbestellt und das Befremden der Bundesregierung über diese Maßnahme ausgesprochen." (SZ 3. 4. 90) Womit wieder einmal klargestellt wurde, wer in Europa das Sagen hat.

"Fidschis" raus

Die "Fidschis" sind die "Kanaken" der DDR. Und genauso wie diese kommen die von den Rassisten in der DDR so bezeichneten Menschen nicht etwa aus der Südsee, sondern aus Vietnam.

Mit der "Freiheit" ist in die DDR auch etwas eingezogen, was es bisher dort in dem Maße wie bei uns nicht gab: Angst um den Arbeitsplatz, Angst vor der Zukunft, Konkurrenz unter den Arbeitern. Angst, Konkurrenz und die ganze nationalistische Stimmung haben sich bei

Teilen der Bevölkerung in einem Ausländerhaß entladen, der den Vergleich mit dem westdeutschen anscheinend nicht mehr zu scheuen braucht. Ausländer werden auf der Straße angepöbelt und angegriffen, ausländerfeindliche Schmierereien tauchen an den Wänden auf, Vietnamesen werden in einigen Läden nicht mehr bedient. 87000 Ausländer arbeiten und leben aufgrund von Regierungsverträgen in der DDR.

Sie kommen aus Mosambik, Kuba, Polen und als größte Gruppe mit 58000 aus Vietnam. (SZ 18. 4. 90). Sie wurden geholt, um den Arbeitskräftemangel in der DDR zu beseitigen. Jetzt, nachdem die westdeutschen Kapitalisten unmißverständlich erklärt haben, unter welchen Bedingungen sie den Laden zu übernehmen gedenken, daß nämlich zahlreiche Betriebe geschlossen werden und in den anderen kräftig rationalisiert, sprich entlassen wird, haben die dümmsten und reaktionärsten DDRler einen neuen Feind erkannt, den Ausländer, der ihnen angeblich den Arbeitsplatz wegnimmt. "Rund 7000 ausländische Beschäftigte in der DDR sollen nach dem Willen ihrer Betriebe die Koffer packen. Entsprechende Anträge aus 150 von 900 DDR-Betrieben mit ausländischer Belegschaft gingen bisher in Ostberlin beim Abteilungsleiter für ausländische Arbeitskräfte im Ministerium für Arbeit und Löhne, Jürgen Schröder, ein. ... Einige Betriebe versuchten bereits, Forderungen nach Entlassungen von Ausländern mit Streikandrohungen durchzusetzen. Betroffene Ausländer beklagen Beschimpfungen, Schikane und eine ungerechte Behandlung am Arbeitsplatz. Vor diesem Hintergrund, so Schröder, beantragen immer mehr Betriebe, teilweise mit Unterstützung von Gewerkschaftsgruppen, die Rückführung ihrer ausländischen Mitarbeiter. ...Vierorts werde jetzt nach dem Motto verfahren: "Bevor ein Deutscher geht, fliegt ein Vietnamese" (SZ 18. 4. 90)

Die deutschen Unternehmer können zufrieden sein, wie schnell die "soziale Marktwirtschaft" die Konkurrenz unter den Arbeitern in der DDR verschärft: Solche Betriebe, solche "Gewerkschaftsgruppen" gibt's ja nicht mal bei uns.

Seit dem 1. März gibt es in der DDR auch eine Ausländerbeauftragte. Die 46jährige Pastorin Almuth Berger gehört der Organisation "Demokratie jetzt" an und wurde kurz vor der Wahl vom Run-

den Tisch für das mit dem Rang einer Staatssekretärin verbundene Amt nominiert. Was von der zu erwarten ist, kann man einem Spiegel-Interview entnehmen: "Als wir am 4. November für eine demokratische DDR auf die Straße gegangen sind, da haben wir uns so etwas nicht vorstellen können. Niemand hat geglaubt, daß sich die nationale Welle auch darin ausdrücken würde, daß Menschen anderer Länder und Nationen nicht mehr akzeptiert werden, daß also nationales Denken in Nationalismus oder sogar Rassismus umschlagen könnte." (Spiegel 14/1990). Wirklich niemand? Auch bis zu einer 46jährigen Pastorin dürfte sich mittlerweile herumgesprochen haben, daß "nationale Wellen" und nationales Denken nicht "auch", sondern vor allem und in aller Regel in Nationalismus oder Rassismus umschlagen.

Was so alles zusammengehört, auf das es zusammenwache!

Der Landesvorsitzende der von Strauß in den 60er Jahren in der Spielbankenaffäre mattgesetzten Bayernpartei Hubert Dorn meldet sich zu Wort. Bei der bevorstehenden Neuordnung der Bundesländer plädiert er für den Zusammenschluß von Österreich und Bayern. Das hatten wir schon mal. Neu ist, daß auch ein "Anschluß der Schweiz grundsätzlich möglich sein" müsse. Dieses Bündnis würde "zusammenfügen, was zusammengehört". (dpa, 25.4.90)

Antisemit Schönhuber

Seine Partei werde die Landtagswahl vom 13.5. in Nordrhein-Westfalen anfechten, da gegen die REPs "undemokratische und nazihafte Methoden" angewendet würden. "In diesem Kampf stehen jüdische Kreise um Herrn Galinski an der Spitze" (aus einer Presseerklärung der REPs, zitiert nach SZ, 21./22.4.90).

Was tun mit Gedenksteinen für die Waffen-SS?

"Unbekannte Täter" stellten in Da-

chau einen Stein auf mit der Aufschrift: "Zum Gedenken an die 43 Soldaten der Waffen-SS, die hier am 29.4.1945 ermordet wurden, nachdem sie die Waffen niedergelegt hatten." Für die Dachauer Stadtväter und -mütter war guter Rat teuer. Sie wandten sich zunächst an die Staatsanwaltschaft München II, deren Oberstaatsanwalt Bethke jedoch keine "strafrechtlichen Aspekte" erkennen mochte. Auch habe man keine unerlaubten NS-Symbole verwandt.

Nachdem also strafrechtlich der Sache

Seite den Dachauern zu, daß ihr "Negativ-Image als KZ-Stadt nicht weiter verschlechtert wird."

Vielleicht ist es unproblematischer, wenn die Faschisten in Zukunft ihre Gedenksteine ungenehmigt in München z.B. auf der Theresienwiese aufstellen. Dort haben sie ein großes Publikum, denn hier findet alljährlich das Oktoberfest mit Millionen Besuchern aus aller Welt statt. Dort befindet sich auch kein Kirchlein oder sonst ein Baudenkmal in der Nähe.

Doch halt! Vor einigen Jahren ließ



Demonstration gegen ein 4.Reich am 27.1.90 in München

nicht beizukommen war, versuchte man es mit dem Baurecht, das über das Aufstellen von Gedenksteinen jedoch nichts aussagt. Zum Glück für die bedrängten Dachauer befand sich aber in der Nähe des Tatorts ein kleines gotisches Kirchlein. Der liebe Gott hat geholfen: Die Aufstellung von Steinen u.ä. in der Nähe von Baudenkmalen bedarf der Genehmigung. Die lag aber nicht vor. Also konnte der Stein "zumindest vorläufig", wie die SZ vom 5.4. berichtet, wieder entfernt werden.

Indessen blieben die Gerichte nicht untätig. Das Verwaltungsgericht München ermunterte regelrecht zu einer Klage gegen die zwangsweise Entfernung des Steines: Die Erfolgsaussichten einer solchen Klage seien durchaus offen. Die Richter billigten aber auf der anderen

ein Münchner Bürger "ungenehmigt" einen mehrere Tonnen schweren Stein dort aufstellen mit der Aufschrift: "Dem Naziterror Einhalt gebieten. Wir gedenken der Opfer von München." Anlaß für diese Aktion war die Tatsache, daß die damals noch CSU-regierte Stadtverwaltung sich trotz wiederholter Aufforderung nicht zu einem Mahnmal für die Opfer des faschistischen Anschlags auf das Oktoberfest am 26.9.1980 entschließen konnte. Dieser Stein wurde blitzartig wieder entfernt.

Ob der Denkmalstein in Dachau wiederaufgestellt werden darf oder nicht, wird "im Wesentlichen davon abhängen, ob die künstlerische Wirkung des Kirchleins irgendwie beeinträchtigt wird. Das muß ein Gericht bei einem Termin an Ort und Stelle beurteilen" (SZ, 5.4.90)

75 Nummern
Demokratischer
Informationsdienst

Der Demokratischer Informationsdienst ist eines der wenigen antifaschistischen Blätter, das sich über einen Zeitraum von 18 Jahren gehalten hat und regelmäßig erschienen ist.

75 Nummern Demokratischer Informationsdienst bedeuten 75 mal Diskussionen, politisches Wissen, Einschätzung.

Schwerpunkte unserer Arbeit in den letzten Jahren waren Rassismus, die Ausgrenzung der AIDS-Kranken durch den Maßnahmenkatalog der bayrischen Staatsregierung, das Engagement der schwarz-braunen Sammlungsbeziehung unter und nach Strauß in aller Welt und jetzt natürlich Fakten und Analysen zur Einverleibung der DDR.

Abonniert den Demokratischer Informationsdienst!
Es wird höchste Zeit 74 Nummern habt ihr schon verpaßt!
Bestellschein im Heft, Seite 2.